Inserate
werden angenommen
in Posen bei der Expedition
der Zeitung, Wilhelmstr. 17,
Gust. Ad. Schleh, Hoflieferant,
Gr. Gerber- u. Breitestr.-Ecke,
Otto Niekisch, in Firma
J. Neumann, Wilhelmsplatz 8.

Verantwortliche Redakteure:
für den innerpolitischen Theil:
F. Hachfeld, für den übrigen
redaktionellen Theil: E. R.
Liebscher, beide in Posen.

Mittag-Ausgabe.



Inserate
werden angenommen
in den Städten der Provinz
Posen bei unseren
Agenturen, ferner bei den
Annoncen-Expeditionen
Rud. Mosse, Haasenstein & Vogler A.-G.,
G. L. Daube & Co., Invalidendank.

Verantwortlich für den
Inseratentheil:
F. Klugkist in Posen.
Fernsprecher: Nr. 102.

Nr. 118

Die „Posener Zeitung" erscheint täglich drei Mal, an den auf die Sonn- und Festtage folgenden Tagen jedoch nur zwei Mal, an Sonn- und Festtagen ein Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich 4,50 M. für die Stadt Posen, für ganz Deutschland 5,45 M. Bestellungen nehmen alle Ausgabestellen der Zeitung sowie alle Postämter des Deutschen Reiches an.

Freitag, 16. Februar.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagausgabe 25 Pf., an bevorzugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

1894

Deutscher Reichstag.

50. Sitzung vom 15. Februar, 1¼ Uhr.

Die Einzelberathung des Postetats wird bei den einmaligen Ausgaben (Postbauten) fortgesetzt.

Abg. **Schmidt** (Warburg) befürwortet Streichung der zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Deutsch-Krone als erste Rate geforderten 71 500 Mark. Im Ganzen würden die Baukosten auf 157 000 Mark veranschlagt. Das sei für eine kleine Stadt wie Deutsch-Krone, die nur 6000 Einwohner habe, sehr viel, und beweise, wie luxuriös die Postbaue. Es gehe auch so.

Direktor **Fischer** erwidert, diesmal gehe es wirklich nicht so. Das alte Postgebäude sei so baufällig, daß es den Postbeamten über den Kopf zusammenzustürzen drohe. Deutsch-Krone besitze eine bedeutende Fahrpost und sieben Postagenturen, so daß sich größere Räume erforderlich machten.

Abg. **Gamp** (Rp.) konstatirt, daß die Forderung in der Budgetkommission einstimmig bewilligt worden sei. Um so befremdender erscheine es, wenn jetzt ein Abgeordneter, der gar nicht in der Kommission gesessen, die Forderung bekämpfe.

Abg. Dr. **Müller** (Sagan) ersucht die Postverwaltung, vom jetzigen Postzopfstil abzusehen und zu einem soliden Verkehrsstil überzugehen. Den jetzigen Postgebäuden fehle die imponirende Ruhe und solide Eleganz und entsprächen nicht der Würde eines Staatsgebäudes.

Abg. **Schmidt** (Warburg) bemerkt, er habe sich bei einem Mitglied der Budgetkommission über die Sache erkundigt und dabei erfahren, daß die Position an dem Tage berathen worden sei, als Fürst Bismarck in Berlin war. Da habe es wohl an der nöthigen Aufmerksamkeit gefehlt. (Heiterkeit.) Er bleibe dabei, daß der Bau zu theuer sei. Die kostspieligen Postbauten ständen in einem grellen Gegensatz zu der Sparsamkeit, die z. B. in Preußen bei den Justizgebäuden beobachtet werde.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.) nimmt die Postbauten in Schutz. Die betreffenden Postbauten seien dem architektonischen Charakter der betr. Orte angepaßt. Man möge die Forderung bewilligen. Ein Vergleich zwischen Post- und Justizgebäuden sei absolut unzulässig.

Nach einigen weiteren Bemerkungen der Abgg. **Schmidt** (Warburg), **Gamp** und **Gröber** wird gemäß dem Kommissionsbeschlusse die Forderung bewilligt.

Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Greifswald werden als erste Rate 266 785 M. gefordert.

Abg. **Schmidt** (Warburg) will zwar Streichung der Forderung nicht beantragen, glaubt aber, daß auch hier der Vorwurf berechtigt sei, daß zu kostspielig gebaut werde. Der nach dem Bauplan vorgesehene Giebel und Kirchthurm erscheinen überflüssig.

Der Titel wird bewilligt.

Der Titel 32: Zur Herstellung eines neuen Dienstgebäudes in Schwerin (Mecklenburg) werden als erste Rate 120 000 Mark gefordert.

Abg. **Schmidt** (Warburg) beantragt den Titel zur nochmaligen Prüfung dieses Luxusbaues an die Budgetkommission zurückzuverweisen.

Der Antrag wird abgelehnt und Titel 32 bewilligt.

Die Erwerbung eines Bauplatzes für ein neues Dienstgebäude in Hamm (Westfalen) ausgeworfenen 108 700 M. beantragt

Abg. **Schmidt**-Elberfeld (Freis. Vp.) unter Berufung auf einige neuerdings eingegangenen Petitionen zu streichen, während die

Abg. **Lenzmann** (Freis. Vp.) und Dr. **Hammacher** (natl.) und Direktor **Fischer** die Forderung befürworten. Unter Ablehnung des Antrages Schmidt wird die Forderung bewilligt.

Die zur Erwerbung eines Grundstücks in Lissa (Posen) geforderten 175 000 M. werden gemäß dem Beschluß der Budgetkommission gestrichen.

Damit ist das Extraordinarium erledigt.

Es folgen die Einnahmen. Der Etat veranschlagt die Einnahmen aus Porto und Telegraphengebühren auf 245 500 000 M., 10 810 000 M. mehr als im laufenden Jahre. In einem Etatsvermerk zu diesem Artikel heißt es: „Die Einnahme des Etatsjahres 1892/93 hat 226 042 715 M. betragen, was gegen 1891/92 — bei einer, unter Nichtberücksichtigung des Schalttages sich ergebenden Einnahme von 214 752 443 M. — einer Steigerung von 5,25 Proz. entspricht. In den Jahren 1890/91 und 1891/92 betrug die Steigerung gegen die Vorjahre 5,19 und 4,42 Proz., während der letzten drei Jahre also im Durchschnitt 4,95 Proz. Könnte angenommen werden, daß dieser Prozentsatz auch im laufenden und im nächsten Etatsjahre erreicht wird, so würde für 1894/95 auf eine Einnahme von rund 248 970 000 M. zu rechnen sein. Bei den Stockungen, welchen die Steigerung der Einnahme an Porto und Telegraphengebühren seit 1889/90 mehrfach ausgesetzt gewesen ist, erscheint es indeß geboten, über den Etatsansatz nicht hinauszugehen."

Die Budgetkommission beantragt, statt 245 500 000 Mark 248 970 000 M. einzustellen. Dagegen beantragt

Abg. **v. Staudy** (kons.), den Titel nach der Vorlage der verbündeten Regierungen entgegen den Anträgen der Budgetkommission unverändert zu bewilligen.

Direktor im Reichsschatzamt **Aschenborn** führt aus, daß das Verfahren der Budgetkommission der bisherigen Etatspraxis widerspreche und daß nach den Erfahrungen der letzten Jahre eher Minder- als Mehrerträge zu erwarten seien.

Abg. **Schmidt**-Elberfeld (Frs. Vp.) kommt auf seine früheren Ausführungen über die Erhöhung des Maximalgewichts der Einheitsbriefe von 15 auf 20 Gramm zurück und sucht eingehend nachzuweisen, daß die von ihm damals ausgeführten Zahlen richtig gewesen seien, die Zahlen des Direktors Sachse aber nicht.

Direktor **Sachse** sucht demgegenüber nachzuweisen, daß seine Zahlen richtig seien.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.) hebt hervor, daß die Einnahme-Erhöhung in der Budgetkommission nur mit schwacher Mehrheit beschlossen worden sei. Nach den Ausführungen des Direktors im Reichsschatzamt werde er für den Antrag Staudy stimmen.

Abgeordneter **Richter** führt aus, der Streit drehe sich darum, ob eine Schablone stattfinden solle oder ob die Etatsansätze nach der Wirklichkeit gestaltet werden sollen. Letzteres sei angesichts der Steuervorlagen und der geplanten Erhöhung der Matrikularbeiträge umsomehr geboten, als vor der Abstimmung über die Steuervorlagen erst der Etat aufs genaueste festgestellt werden müsse, damit man die Reichsbedürfnisse besser übersehen könne.

Staatssekretär Dr. **v. Stephan** legt dar, daß die Postverwaltung bei der Veranschlagung des Briefverkehrs auch die internationalen politischen Beziehungen, finanzielle Krisen, kurz alle den Verkehr lähmenden Erscheinungen in Betracht zu ziehen habe. Da erinnere er an die fortdauernden Wirren in Mittel- und Südamerika, an die zurückgehende Auswanderung, an den Bankkrach in Australien, an die trübe Finanz- und Geschäftslage Spaniens, Portugals, Griechenlands 2c. Es sei unerhört, daß die Budgetkommission einseitig ohne Zustimmung der Regierung die Einnahmen erhöhen wolle.

Abg. **v. Leipziger** (kons.) erklärt, daß seine Partei derartige Experimente beim Etat nicht mitmachen könne. Sie werde deshalb einhellig für den Antrag Staudy stimmen.

Abg. **Bebel** (Soz.) wundert sich, daß man jetzt plötzlich überall Nothstand erblicke, während man neulich den Nothstand geleugnet habe. Der Reichstag sei bei Aufstellung der Etatssätze souverän. Der Reichspostverwaltung komme es nur darauf an, Ueberschüsse über die Etatsansätze hinaus zu erzielen. In Betreff der Erhöhung des Maximalgewichts der Briefe von 15 auf 20 Gramm habe vor einigen Tagen der bayerische Verkehrsminister in der bayerischen Kammer erklärt, er habe diese Erhöhung angeregt, aber sie sei am Widerstand des Staatssekretärs v. Stephan gescheitert. (Hört, hört!) Dieser sei jetzt der Hemmschuh aller Reformen; weigere er sich doch sogar, in Berlin das Lokalbriefporto von 10 auf 5 Pf. herabzusetzen

Staatssekretär Dr. **v. Stephan** erklärt es für unwahr, daß an seinem Widerspruch die Anregung des bayerischen Verkehrsministers gescheitert sei. Er wisse von einer solchen Anregung überhaupt nichts (Abg. Bebel ruft: Es hat in der Zeitung gestanden).

Nachdem sich noch Abg. Dr. **Bachem** für den Kommissionsbeschluß erklärt, weil der Mehransatz der Kommission der Wahrheit näher komme, als der Ansatz der Regierung, und nachdem Abg. **Bebel** erklärt, daß nach der Mittheilung seines heute aus dem bayerischen Landtage gekommenen Genossen Grillenberger der bayerische Minister Crailsheim vor einigen Tagen in der That erklärt habe, es sei die Erhöhung des Maximalgewichts am Widerstand des Herrn v. Stephan gescheitert, wird unter Ablehnung des Antrages Staudy der Kommissionsbeschluß gegen Rechte und Nationalliberale bestätigt.

Die übrigen Einnahmen werden ohne Debatte bewilligt, die eingegangenen Petitionen für erledigt erklärt.

Damit ist der Postetat erledigt.

Beim Etat der Reichsdruckerei, die bekanntlich der Reichspostverwaltung unterstellt ist, spricht

Abg. Dr. Frhr. **von Heereman** dem Staatssekretär von Stephan den besonderen Dank für die Leitung dieses Instituts aus, dessen Leistungen einzig in der Welt daständen. Anerkennung gebühre Herrn v. Stephan auch dafür, daß er die richtigen Leute an die richtige Stelle gesetzt habe.

Staatssekretär **v. Stephan** dankt dem Vorredner für die anerkennenden Worte. Wenn der Reichstag die Postverwaltung ebenso leidenschaftslos würdigen wollte, wie die Reichsdruckerei, dann würde er auch der Post- und Telegraphenverwaltung Anerkennung zollen.

Der Etat wird genehmigt.

Morgen 1 Uhr (Etat des Auswärtigen Amts in Verbindung mit dem Kolonialetat.) Schluß nach 6 Uhr.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

16. Sitzung vom 15. Februar, 11 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des **Etats der Justizverwaltung.**

Beim Kap. „Einnahmen" bemängelt

Abg. **Schmitz-Erkelenz** (Centr.) die Höhe der Gerichtskosten bei Grundbuch- und Vormundschaftssachen.

Geh.-Rath **Vietsch** erklärt, daß auch die Regierung das Bedürfniß nach anderweiter Festsetzung der Kosten in Vormundschafts- und Grundbuchsachen habe, soweit die Finanzlage es gestattet. Eine solche Aenderung kann nur stattfinden, wenn auf andere Weise eine Deckung des Ausfalls erfolgt. Auf Grund statistischer Erhebungen sei 1892 im Justizministerium ein Entwurf ausgearbeitet worden, welcher das vollständige Gerichtskostenwesen in der nichtstreitigen Gerichtsbarkeit regelt. Derselbe ist den Land- und Amtsgerichten zur Begutachtung mitgetheilt worden, auf Grund deren ein neuer Entwurf ausgearbeitet worden ist. Es war noch nicht möglich, denselben dem Landtage vorzulegen, weil noch gewisse Schwierigkeiten zu beseitigen sind. Diese Schwierigkeiten betreffen das Interesse der Staatskasse und der Notare. Der Entwurf will Einheitlichkeit für alle Landestheile und eine gerechtere Vertheilung der Kosten schaffen. Wenn wir in der Lage sein werden, den Entwurf vorzulegen, so hoffen wir auf eine wohlwollende Prüfung derselben im Hause.

Abg. **Bröse** (kons.) bittet gleichfalls um eine Ermäßigung der Gebühren in Grundbuchsachen.

Bei dem Ausgabentitel „Gehalt des Ministers" bringt

Abg. **Böttinger** (nl.) die Vorschrift des rheinischen Rechts zur Sprache, andere Namen als solche, die im Kalender stehen, oder aus der alten Geschichte bekannt sind, nicht in die Standesamtsregister aufzunehmen. Die Vorschrift war s. Z. von Napoleon erlassen worden, um die „Suchtnamen" aus der Revolutionszeit zu verhindern, aber nicht um landläufige Namen, wie z. B. Emma zu verbieten. Als die Standesbeamten eine Zeit lang eine mildere Praxis walten ließen, erhielten sie vom Staatsanwalt eine Anweisung, sich an die betreffende Bestimmung des code Napoléon zu halten. Danach sind auch Abkürzungen der im Kalender vorkommenden Namen wie Emma, Hans und Grete untersagt. Es giebt kein Verzeichniß der giltigen Namen. Das ist doch ein Mißstand, daß ein so populärer deutscher Name wie Hans verboten wird. Es ist sogar vorgekommen, daß Eltern, die aus Pietät vor dem großen Feldherrn ihren Sohn Hellmuth nennen wollten, dies versagt wurde. Als die Eltern Berufung gegen dieses Verbot einlegten, wurden sie vorläufig ablehnend beschieden, indem ihnen anheimgestellt wurde, den Nachweis zu führen, daß der Name aus der alten Geschichte stamme. (Heiterkeit.) Warum sollen in einer Gemeinde Namen verboten werden, die in der Nachbargemeinde zugelassen sind? Redner befürwortet, durch Gesetz diese Verordnung noch in dieser Session aufzuheben und bis dahin den Standesbeamten aufzugeben, eine mildere Praxis walten zu lassen.

Geheimrath **Skonitzki**: Es ist richtig, daß im französischen Theil der Rheinprovinz die Bestimmung betreffs der Namen herrscht, die der Vorredner erwähnt hat. Auch ist es der Justizverwaltung nicht unbekannt, daß dies Ursache zu Mißständen gegeben hat. Aber das liegt nicht an dem Gesetz selbst, sondern daran, daß die Gesetze nicht richtig angewandt werden. Der Begriff der alten Geschichte wird von den Standesbeamten zu eng gefaßt. Jenes Gesetz ist erlassen worden, um zu verhüten, daß man Namen aus der französischen Revolution wie Danton und Robespierre den Kindern beilegte. Die Tendenz dieses Gesetzes ist also nicht dahin gegangen, nur Namen zuzulassen in dem engen Begriff des Alterthums, wie wir es jetzt wissenschaftlich auffassen; für die Zeit vor der französischen Revolution wurde keine Schranke auferlegt. Faßt man das Gesetz in dieser Weise auf, so kann man nicht behaupten, daß den heutigen Bedürfnissen nicht Rechnung getragen wird. Es werden ja überhaupt im ganzen Reiche nur Namen zugelassen, die allgemein üblich sind, und diese üblichen Namen kommen überall in der alten Geschichte, diese im weiteren Sinne gefaßt, vor. Zu dem Begriff eines Namens aus der alten Geschichte ist es nicht erforderlich, daß der Name von einem berühmten Manne getragen worden ist, sondern es genügt, daß er in irgend einer Urkunde aufgeführt wird, und sei diese Urkunde auch nur eine Rechnung (Heiterkeit.) Es ist im vorigen Monat eine Verfügung an den Oberstaatsanwalt in Köln erlassen worden, wonach die Standesbeamten veranlaßt werden sollen, die Auslegung der betreffenden Gesetzesbestimmung in dem von mir eben bezeichneten Sinne zu machen. Was das Verbot des Namens Emma in Solingen betrifft, so hat der Standesbeamte den Vater gleichzeitig mit der Bekanntwerdung des Verbots auf den Weg der Beschwerde verwiesen. Anstatt der Beschwerde an die Staatsanwaltschaft hat der Vater es vorgezogen, die Sache in die Presse zu bringen, woher der Staatsanwalt den Vorgang erst erfahren hat. Dieser hat dann das Verhalten des Standesbeamten sofort rektifizirt. Es ist doch kein Mißstand, wenn jemand sein Kind im bürgerlichen Leben Hans oder Grete nennt, im amtlichen Verkehr aber der volle Name gilt. (Lebhafter Widerspruch links und bei den Nationalliberalen.)

Abg. **v. Eynern** (nl.): Durch eine Verfügung des Oberstaatsanwalts, die auch Herr Böttinger erwähnt hat, ist in ausreichender Weise aufgeklärt worden, daß die Standesbeamten volles Recht gehabt haben, in dieser Weise vorzugehen, deutsche Namen nicht anzunehmen, weil das nach dem Willen der französischen Gesetzgebung nicht gestattet ist. Viel einfacher wäre doch die Sache gewesen, wenn das Justizministerium mit dem ganzen alten Quark aufgeräumt und gesagt hätte, die Deutschen sollen überall gleich behandelt werden. (Lebhafte Zustimmung.) Die Sache ist doch von weittragenderer Bedeutung, als der Regierungsvertreter meint. Ich habe selbst den Fall neulich bei einem Enkel von mir erlebt, wo die Beilegung des Namens „Kurt" verweigert wurde. (Bewegung.) Der Standesbeamte meinte, er müßte Konrad getauft werden. (Heiterkeit.) Konrad, sprach die Frau Mama, mag ich nicht. (Heiterkeit.) Jetzt muß derjenige, der seinen Sohn „Hans" heißen will, ihn „Johann" nennen. (Heiterkeit.) „Hans" darf niemand heißen, aber „Nebucadnezar" darf ich meinen Sohn nennen. (Große Heiterkeit.) Wir möchten gern in der Rheinprovinz uns als vollgiltige Deutsche fühlen, auch in der Aneignung derjenigen Namen, die aus der besten Zeit der preußischen Geschichte bekannt sind. (Beifall.)

Abg. Dr. **Arendt** (fk.) bringt zur Sprache, daß Gläubiger sich bei Hypothekeneintragungen mehrfach ausbedungen haben, daß die Schuld in Gold zurückgezahlt werden muß, aus Furcht vor einer Aenderung der Währung. Solche Bedingungen schienen nicht rechtsgiltig zu sein. Die einzige Bedingung, die gesetzlich stichhaltig ist, ist die Rückzahlung in Reichswährung. Jeder Gläubiger ist heute verpflichtet, Silberthaler in jedem beliebigen Betrage anzunehmen. Das hat auch Dr. Bamberger anerkannt. Die Gläubiger sollten sich doch von der Vorstellung losmachen, als ob der Zweck der Bimetallisten sei, statt guten Goldes werthloses Silber einzuführen. Wir wollen ja grade das Silber rehabilitiren. Ich bitte den Minister um eine Interpretation der Gesetzesbestimmungen. Es wird dadurch viel Unsicherheit im Verkehrsleben beseitigt werden.

Justizminister **v. Schelling**: Die Ausführungen des Abg. Arendt waren mir sehr interessant. (Hört, hört! links.) Ich zweifle jedoch, ob es mir möglich sein wird, der Anregung in der von ihm gewünschten Weise zu entsprechen. Allerdings können Schulden in das Grundbuch nur eingetragen werden, wenn sie auf Rückzahlung in Reichswährung lauten. Eine solche Klausel, wie sie der Vorredner erwähnte, unterliegt meines Erachtens einer sehr verschiedenen Deutung und Auffassung. Der Abg. Arendt ging selbst von der Annahme aus, daß diese Klausel beliebt werde in der von ihm als unnöthig erachteten Fürsorge gegenüber einer etwaigen Aenderung des Währungssystems. Von derselben Auslegung ist auch das Kammergericht in einer im Wege der weiteren Beschwerde an dasselbe gelangten Grundbuchsache ausgegangen. Es hat diese Klausel in einer Entscheidung vom 27. April 1889 für zulässig erklärt. Der Vorredner wird mir darin Recht geben, daß ich gegenüber dieser Judikatur, die ja keine unabänderliche, aber doch eine vorläufig entscheidende ist, nicht in der Lage bin, irgend eine Einwirkung auf die Praxis auszuüben. (Zustimmung.)

Abg. Dr. **Arendt** beruft sich auf eine ältere Kammergerichtsentscheidung, wonach die Schuldner trotz der eingegangenen Verpflichtung ihre Schulden in Silberthalern bezahlen dürfen.

Minister Dr. **v. Schelling** weist darauf hin, daß er sich auf eine Entscheidung jüngeren Datums berufen habe.

Abg. **Brandenburg** (Ctr.) führt Beschwerde, daß die Richterstellen nicht hinreichend vermehrt seien, und macht auf die Ungleichheiten in der richterlichen Besoldung aufmerksam.

Geheimrath **Vierhaus** erwidert, daß die Richterstellen seit dem Jahr 1889/90 um 312 Stellen vermehrt worden seien. Der Durchführung des Dienstalterszulagensystems für die Richter stehe die Verwaltung sehr sympathisch gegenüber, aber vorläufig seien noch eine Reihe Schwierigkeiten, besonders in der Uebergangszeit, zu überwinden. Es werde noch großer Geldaufwendungen bedürfen, ehe man zur vollen Durchführung des Systems für die Richter gelangen werde. Sehr schwierig sei auch die Organisationsfrage. Die Assessoren seien nicht verpflichtet, ein richterliches Amt anzunehmen. Sie könnten also warten, bis sie ein bestimmtes Dienstalter erreicht hätten, und dann erst eine Richterstelle annehmen, wodurch sie sofort in eine bestimmte Gehaltsstufe rückten. Es müßten also die Assessoren verpflichtet werden, in einem bestimmten Zeitpunkt eine Richterstelle anzunehmen. Es beständen also sehr große Schwierigkeiten. Die Wünsche der richterlichen Beamten würden möglichst erfüllt werden.

Abg. **Munckel** (Freis. Vpt.) hofft, daß man im Justizministerium gegen die beantragte neu gesetzliche Regelung der Vornamenfrage nichts einzuwenden hat. Nach meiner Meinung könnte man die Wahl der Vornamen überhaupt in ganz Deutschland freigeben, wofern nur nichts Anstößiges und Unsittliches dabei vorkommt. Alles andere ist Sache des Geschmacks. Und wenn ich zugeben will, daß „Bebeline“ (Heiterkeit) nicht schön sein mag, so sind aber auch Namen, die etwa eine patriotische Begeisterung wie die des Jahres 1813 eingeben mag, wie „Blücherine“ und „Landsturmine“ nicht nach meinem Geschmack. Die Eltern haben es doch schließlich zu verantworten, wenn sie ihren Kindern unschöne Namen mitgeben, andere Leute haben daran sehr wenig Interesse und die Gesetzgebung gar keines. Dem Kollegen Arendt bin ich zu lebhaftem Dank verpflichtet. Es hat etwas Wohlthuendes, wenn man beim Justizetat von Gold und Silber wenigstens reden hört. (Heiterkeit) Das ist ein Genuß, den ich bei diesem Justizetat zum ersten Mal habe. (Heiterkeit.) Im Uebrigen kann uns das, was der Justizminister als Entscheidung des Kammergerichts vorlas, einstweilen beruhigen. Wir werden mit unseren Erwägungen warten können, bis wir die neue Währungs-Gesetzgebung haben, dann wird nicht das Abgeordnetenhaus, sondern die Gerichte auslegen, was von jenen Klauseln wirksam ist und was nicht. Ich hatte mich ursprünglich bei diesem Titel gegen einschreiben lassen und höre mit Vergnügen, daß diese Unterscheidung aufgehoben ist. Ich würde mich gehütet haben, etwas gegen das Gehalt des Ministers zu sagen. Wer könnte es verantworten, an diesem Justizetat noch irgend etwas zu streichen? (Heiterkeit.) Ich kenne keine Ausgabe, die zu hoch wäre, dagegen sind eine ganze Menge Ausgaben darin, die nach meiner Meinung zu niedrig sind. Ich weiß nicht, ob es wahr ist, daß die Justiz das Aschenbrödel der Verwaltung geworden sei, aber daß die Juristen sehr bescheiden sind, darüber kann kein Zweifel sein. (Na, na! rechts) Hört man von Recht und Gesetzgebung sprechen, so drängt sich einem unwillkürlich der verwandte Begriff der Billigkeit auf (Heiterkeit), Billigkeit im Sinne von Wohlfeilheit, aber für die Staatsfinanzen (Heiterkeit), durchaus nicht für die Recht suchenden Personen, auch nicht einmal für diejenigen, die vom Recht gesucht werden (Heiterkeit). Wir können, wie auch die Motive zum Etat zeigen, die Bedürfnisse der Justiz nicht mehr voll befriedigen, wir müssen Prozente geben (Heiterkeit). 33⅓ das vorige Jahr, dies Jahr etwas weniger, den Rest im nächsten Jahr, und wo bleiben die Zinsen, frage ich? (Heiterkeit). Die Einnahmen sollen stärker gewachsen sein als die Ausgaben. Ist das richtig, vielleicht deckt sich dann später einmal der Etat aus sich selber und wir kommen in die schöne Lage, daß die Justiz sich selber bezahlen kann. Selbst wenn wir sämmtliche Richterstellen besetzten, die uns heute fehlen, so würde für das Bedürfniß noch lange nicht gesorgt sein. Wir müssen uns mit Hilfskräften begnügen, und das ist ein Zustand, den ich als der preußischen Rechtspflege für ganz würdig nicht erachten kann, daß wir nämlich Hilfskräfte brauchen müssen, für die der Staat, weil er zu arm ist, nichts bezahlt. Wir verwenden nicht blos diätarisch besoldete und auch völlig unbesoldete Assessoren zu den Geschäften der Richter, sondern wir verwenden auch Referendarien, die nichts bekommen, als Gerichtsschreiber. Berlin habe bei der Justiz weder in persönlicher noch in sachlicher Hinsicht irgend einen Vorzug. Wenn ich einem Fremden den Justizpalast in der Jüdenstraße zeigen wollte mit all' seinen Anhängen und ihm sagen: Das ist ein Reich mit zahlreichen Dependenzen, was für eine Idee würde er wohl bekommen von den Zuständen unseres Gerichtswesens! Eine Dependenz befindet sich in einem Gasthause an der Stadtbahn. Ich bin neulich expreß hingegangen, um es mir nur anzusehen und bin sehr dankbar, daß meine Thätigkeit mich nicht mehr dorthin führt. Denn dort befindet sich eine Stube für Rechtsanwälte, auf die ein Rechtsanwalt stolz sein kann. (Heiterkeit.) Sehen Sie sich den Etat genau an. Man zeigt uns die Braut, doch unserer Unschuld ist sie nicht bestimmt. (Heiterkeit.) In unserem alten Bau am Molkenmarkt befand sich mal ein Zimmer für Untersuchungsrichter. Man mußte annehmen, daß dieses Zimmer aus Menschlichkeit gegen die Angeklagten eingerichtet war, weil die Richter, welche dort stundenlang zu thun hatten, empfinden lernten, wie einem Gefangenen in seiner Zelle zu Muthe sein mag. Unsere Finanzen in Preußen sind ja jetzt so verbessert, daß ich mir eigentlich garnicht denken kann, daß sie noch besser gemacht werden können. Ich wenigstens möchte bitten, daß man noch einige Jahre damit wartet, weil wir sonst vielleicht die nochmalige Verbesserung nicht ertragen können. (Heiterkeit.) Es muß gelingen, den Finanzminister zu bewegen, mehr zu bewilligen. Seine Abwesenheit bedauere ich. Daß er gut zu nehmen versteht, wissen wir Alle, wer es bestreitet, melde sich. (Heiterkeit.) Es meldet sich Niemand. (Heiterkeit.) Geben ist seliger denn nehmen; der [illegible] Finanzminister hat hier Gelegenheit, einmal zu geben. Der preußische Staat war [illegible] berühmt durch drei Dinge: durch Heer, Justiz und Volksunterricht. Das [illegible] schreitet rüstig vorwärts, die beiden anderen Geschwister bleiben zurück. [illegible] Es wäre gut, wenn der Justizminister den Finanzminister darauf aufmerksam machte, daß die Themis eigentlich doch auch ein Schwert führt, also auch Mitglied der bewaffneten Macht ist, dann bekommen wir vielleicht auch etwas ab. (Heiterkeit.) Es ist ein wirklicher Nothstand in der Justiz, sie kann ihre Aufgaben nicht mehr erfüllen. Im Nothstande zu sein, ist ja auch sehr anständig, aber raus möchte man doch. (Heiterkeit.) Ich frage ferner den Minister, ob er sich mit der Angelegenheit der Sicherstellung der Bauhandwerker in Konkurssachen beschäftigt hat, sich beschäftigen will, und ob er in dieser Session oder in dieser Legislaturperiode einen Gesetzentwurf einbringen will. (Beifall links.)

Minister **v. Schelling:** Ich halte es für dringend wünschenswerth, daß die zuletzt vom Vorredner berührten Fragen recht bald gesetzlich geregelt werden. Die Aussichten der betr. Vorlagen im Reichstage sind mir nicht bekannt, ich bin aber bereit, falls sie besser im Wege der Landesgesetzgebung geregelt werden, meinerseits der Sache näher zu treten und die nöthigen Vorbereitungen zu treffen. (Beifall.)

Auf eine Bemerkung des Abg. Dr. **Lohmann** (nat.) betr. eine Aenderung des Hinterlegungswesens, bemerkt Geheimrath **Vierhaus**, eine Aenderung der Zivilprozeßordnung in dieser Richtung sei mit großen Schwierigkeiten verknüpft, weil das Hinterlegungswesen nicht blos eine Justiz, sondern vor Allem eine Handelseinrichtung sei.

Abg. **Eckels** (nat.) verlangt Erleichterung des Verfahrens bei Eintragungen in das Grundbuch.

Abg. **Nadbyl** (Ctr.) ersucht den Minister, dahin zu wirken, daß durch richterliche Entscheidungen nicht das Ansehen des Anwaltsstandes verletzt werde. Ein solcher Fall sei beim Landgericht Köln, der andere in Oberschlesien vorgekommen. Bei einem schlesischen Amtsgericht sei den Anwälten ein Zimmer angewiesen gewesen. Der Zugang zu diesem Zimmer habe durch einen Saal geführt, in dem Civilsachen verhandelt worden seien. Die Anwälte wären nur ausnahmsweise durch den Saal gegangen. Trotzdem habe der Richter sich über die Störungen beklagt. Im Einverständniß mit dem Landgerichtspräsidenten sei den Anwälten ihr Zimmer entzogen und sie in das Gerichts-Dienstzimmer gewiesen worden. Das sei eine geradezu horrende Behandlung. Man habe es sogar gewagt, an die Thür dieses Raumes zu schreiben: Gerichtsdienerzimmer und darunter: „Anwaltszimmer“. So zu lesen auf dem Korridor, wo das Publikum verkehrte. Auf eine von den Anwälten eingereichte Beschwerde sei ihnen das Zimmer zurückgegeben. (Rufe rechts: Na also!) Man hätte doch den Anwälten das Bedauern aussprechen müssen, daß sie in dieser Weise beleidigt seien. Redner bittet den Minister, Fürsorge zu treffen, daß derartige Ueberschreitungen seitens der richterlichen Beamten nicht mehr vorkommen.

Abg. Dr. **Krantz** (fraktionslos) beklagt, daß die richterlichen Befugnisse durch Gewerbegerichte, Schiedsgerichte u. s. w. immer mehr eingeschränkt werden, und spricht sich für eine Revision der Civilprozeßordnung einzutreteten noch vor Einführung des neuen bürgerlichen Gesetzbuches aus. Redner wünscht dann noch eine Einschränkung der Verwendung der Assessoren zu Richtern.

Minister Dr. **v. Schelling** giebt zu, daß die Neigung abnehme, sich mit der Justiz zu befassen. Die Schuld daran tragen die Prozeßgesetze. Unsere deutsche Civilprozeßordnung ist ein wohl durchdachtes Werk, aber nicht alle Verhältnisse des Lebens passen in sie hinein. Ich habe mich schon seit längerer Zeit mit einer Revision der Civilprozeßordnung beschäftigt. Ich habe meine Vorschläge dem Staatsministerium unterbreitet und dessen einstimmige Zustimmung gefunden. Es ist beschlossen, in einem Schreiben bei dem Reichskanzler eine Revision der Civilprozeßordnung nach Maßgabe der von mir angedeuteten Gesichtspunkte anzuregen, sie gehen im wesentlichen auf Vereinfachung des Schreibwerks hinaus. Uebrigens kann das Schreibwerk nach meiner Ansicht auch bereits innerhalb der bestehenden Gesetzgebung vereinfacht werden. Ich habe eine diesbezügliche Verfügung erlassen, von welcher ich hoffe, daß sie gute Früchte thun wird. (Beifall.)

Abg. **Nadbyl** (Ctr.) führt Beschwerde, daß bei der Anstellung an den Oberlandesgerichten die evangelischen Bewerber stets den katholischen vorgezogen werden.

Abg. **v. Kolichen** (kons.) bittet den Minister, dahin zu wirken, daß Schwurgerichtsperioden möglichst nicht in der ersten Woche des Januar und in der ersten Woche des Juli stattfänden.

Minister **v. Schelling** erklärt diese Frage in Erwägung zu nehmen und sich in diesem Sinne mit dem Oberlandesgerichtspräsidenten in Verbindung setzen zu wollen.

Abg. **Nadbyl** (Ctr.) führt Beschwerde, daß auf Anordnung des Landgerichtspräsidenten in Breslau die Briefsachen auch am Sonntag Nachmittag von den Gerichtsdienern abgeholt werden müßten.

Geheimrath **Vierhaus** erklärt, von dieser Anordnung sei im Ministerium nichts bekannt.

Nunmehr wird die weitere Berathung vertagt auf Freitag 11 Uhr. (2. Wahl des Präsidiums; Justizetat; Etat des Ministeriums des Innern.) (Schluß 4 Uhr.)

Herrenhaus.

5. Sitzung vom 15. Februar, 2 Uhr.

Zu dem Bericht über die Verhandlungen des Landeseisenbahnraths bringt

Graf **Klinckowström** die Frage der Staffeltarife zur Sprache. Es sei nicht angängig, die Frage zur Zeit eingehend zu erörtern, dieselbe müsse vertagt werden bis zur Entscheidung über den russischen Handelsvertrag. Redner protestirt gegen die Stellung Bayerns, seine Zustimmung zum russischen Handelsvertrag abhängig zu machen von der Aufhebung der Staffeltarife. Er bittet den Eisenbahnminister, sich über die Stellung der Regierung zu den Staffeltarifen zu äußern.

Eisenbahnminister **Thielen:** Bereits seit dem vorigen Jahre hat die bayerische Regierung durch Gesandte und direkte Mittheilungen mit der preußischen Regierung über diese Frage verhandelt. In Bayern ist man in großer Besorgniß wegen der Staffeltarife, da diese für die süddeutschen Bundesstaaten eine große wirthschaftliche Schädigung bedeuten. Die Verhandlungen mit Bayern und auch mit Baden, Hessen, Württemberg und Sachsen werden zur Zeit noch fortgesetzt. Welches Ergebniß die Verhandlungen haben werden, läßt sich im Augenblick nicht übersehen, jedenfalls ist aber klar, daß Bayern, da die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gekommen sind, zu der Frage noch keine bestimmte Stellung genommen hat.

Graf **Mirbach** spricht seine Freude darüber aus, daß Bayern die Frage des russischen Handelsvertrages und der Staffeltarife nicht mit einander verquickte. Im übrigen empfehle er, gegenwärtig nicht in eine sachliche Debatte über die Frage der Staffeltarife einzutreten.

Frhr. **v. Stumm** ist der Ansicht, daß sich die Frage sehr wohl diskutiren lasse, da sie weniger mit dem russischen Handelsvertrag als mit der Aufhebung des Identitätsnachweises zusammenhänge. Die Aufhebung des Identitätsnachweises habe für den Osten den Werth einer Exportprämie und sei jedenfalls werthvoller als die Staffeltarife, welche für den Westen einen wirthschaftlichen Nachtheil bedeuten.

Eisenbahnminister **Thielen** tritt der Ansicht entgegen, daß die Gründe für die Zustimmung zum russischen Handelsvertrag hergeleitet werden können aus der Aufhebung des Identitätsnachweises und der Aufhebung der Staffeltarife. Man könne nicht behaupten, daß die bayerische Regierung darauf ausgehe, die Tarifautonomie des preußischen Staates zu beschränken. Die bayerische Regierung wolle sich nur wehren gegen die Schäden, die ihr aus den bestehenden Tarifen erwachsen.

Nachdem noch Graf Mirbach und Graf Klinckowström für und v. Graß, v. Wedell-Piesdorff und v. Helldorf gegen die Staffeltarife gesprochen, wird der Bericht über die Verhandlungen des Landeseisenbahnraths durch Kenntnißnahme für erledigt erklärt, ebenso die Berichte über die Ergebnisse des Betriebes der preußischen Staatsbahnen im Betriebsjahre 1892/93 und über die Mittheilung des Finanzministers und des Ministers der öffentlichen Arbeiten, betr. die Ergebnisse der im Jahre 1886 bewirkten Umwandlung von Prioritätsanleihen verstaatlichter Eisenbahnen, sowie der Bericht der Eisenbahnangelegenheiten über den vom Minister der öffentlichen Arbeiten vorgelegten Bericht über die Bauausführungen und Beschaffungen der Eisenbahnverwaltung während des Zeitraums vom 1. Oktober 1892 bis dahin 1893.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.
Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Novelle zum Berggesetz).
Schluß 4 Uhr.

Die Staffeltarife.

□ Berlin, 15. Febr.

Bei der Frage der Staffeltarife hören alle sonst üblichen und nöthigen Scheidungen nach parteipolitischen Gesichtspunkten vollständig auf. Es sind reine Interessenfragen, die hier miteinander ringen, und die Vertreter der verschiedenen Ansichten versuchen gar nicht erst, den Einklang mit beherrschenden allgemeineren Anschauungen und Forderungen herzustellen. Es wäre das auch ganz unmöglich, da jeder derartige Versuch aufs schärfste mit den entgegenstehenden Interessen auf der andern Seite zusammenstoßen müßte. Dem unbefangenen Beurtheiler bleibt nichts übrig, als die Dinge objektiv für sich selbst sprechen zu lassen. Von diesem Standpunkt aus ist ganz einfach zu konstatiren, daß die Vertheidiger der Staffeltarife eine verlorene Sache vertreten. Der Osten bis etwa an Berlin heran steht auf der einen, der ganze übrige Theil des Reichs auf der andern Seite, und die Mehrheit zu Gunsten der Aufhebung der Staffeltarife ist somit erdrückend groß. Würde die Streitfrage im Bundesrathe zur Abstimmung gestellt werden können (was sie natürlich nicht kann, weil es sich um eine speziell preußische Verwaltungsmaßregel handelt), so bliebe Preußen völlig isolirt. Höchstens die beiden Mecklenburg könnten noch ein Interesse an den Staffeltarifen haben; alle übrigen Staaten aber, von Sachsen angefangen bis an die westliche Grenze, würden die Aufhebung verlangen, und die preußische Regierung selber könnte die Beibehaltung nur auf die Aussicht hin befürworten, von der Landwirthschaft des ganzen Westens der Monarchie hart angefahren zu werden.

Die heutige Verhandlung im Herrenhause war nach dieser Richtung hin ungemein lehrreich. Sie hat zunächst gezeigt, daß es in der Frage der Staffeltarife genau so viele Meinungen giebt, wie landschaftliche Gegensätze da sind. Graf Klinkowström ist empört darüber, daß die Staffeltarife fallen sollen, und Graf Mirbach thut es ihm nach. Beide Herren aber sind Ostpreußen, und das erklärt Alles. Frhr. v. Stumm und Herr v. Helldorff verlangen mit derselben Entschiedenheit die Aufhebung der Staffeltarife. Der Eine spricht im Namen der Rheinlande, der Andere im Namen der Provinz Sachsen, und auch damit ist Alles genug und übergenug erklärt. Jeder, mag er nun für oder wider das Wort nehmen, ist voll von sittlicher Entrüstung über den Gegner, der so ganz und gar nicht einsehen will, wie verderblich die Befolgung seiner Rathschläge sein müßte. Wäre die Sache nicht an sich so ernst, so könnte die naive Frische, mit der gekämpft wird, leicht an die Grenze des Komischen streifen.

Am deutlichsten aber wird der anscheinend unversöhnliche Zwiespalt der Interessen, wenn man sich die Ausführungen des Ministers Thielen näher ansieht. Herr Thielen bemüht sich redlich um einen vermittelnden Standpunkt. Er umfaßt Ansichten und Wünsche von beiden Flügeln her mit derselben liebevollen Sorgfalt. Er hat Verständniß für die Forderung, daß die Staffeltarife fallen mögen, und für die entgegengesetzte Forderung nimmt ihn nicht blos seine persönliche Auffassung, sondern auch die wichtige Rücksicht auf den Schutz des Eisenbahnetats vor Schmälerungen ein. Gleichwohl läuft auch seine Darlegung, ohne daß er es will, zu Ungunsten der Staffeltarife aus. Er hat im Herrenhause mittheilen müssen, daß außer Bayern auch Hessen, Baden, Württemberg, Sachsen die Aufhebung der Staffeltarife verlangt haben. Das ist denn freilich schlimm für diese Tarife.

Es mag uns gestattet sein, auf eigene, kürzlich gemachte Vorschläge hinzuweisen, die wir in einer der heutigen Reden des Herrn Thielen mit Genugthuung wiederfinden. Der Eisenbahnminister meinte, die süddeutschen Staaten hätten die Aufhebung der Staffeltarife nur insoweit verlangt, als ihnen Schädigungen erwachsen; gegen Staffeltarife aus dem Osten nach Berlin, Magdeburg oder Hamburg würden sie nichts einwenden. Wenn das so ist, und wenn eine Entscheidung so oder so getroffen werden muß, so würde sich hier vielleicht die Brücke der Verständigung darbieten. Herr Thielen hat früher behauptet und wohl auch bewiesen, daß die Wirkung der Staffeltarife thatsächlich nicht über Halle, Magdeburg, Hamburg hinausgeht. Hiernach hätte die ostelbische Landwirthschaft kein Lebensinteresse an der Erhaltung der Staffeltarife, und die Landwirthschaft im Süden und Westen könnte sich mit dem Kompromiß begnügen. Im Königreich Sachsen allerdings würde man dann wieder finden, daß man zu schlecht wegkomme. Immerhin ist es die Frage, ob sich die Gegensätze nicht schon derart verschärft haben, daß gutes Zureden und vermittelnde Maßnahmen nichts mehr helfen.

Mit solchem guten Zureden hat sich Frhr. v. Stumm heute vergebens bemüht. Er hat den ostpreußischen Herren vorgehalten, daß ihnen die Aufhebung des Identitätsnachweises doch viel wichtiger als die Staffeltarife sein müßte. Das ist vollkommen richtig, aber die Klinkowström und Mirbach wollen es nun einmal nicht wahr haben, und der eine weiße Rabe unter den ostpreußischen Rednern, Herr v. Graß-Klanin, ändert auch nichts an dem Gesammtbilde, daß der Widerspruch von dort her nur durch das Gewicht eines bestimmten Entschlusses und nicht durch Ueberredung gebeugt werden kann.

Deutschland.

□ **Berlin**, 15. Febr. [Der Postetat. Vom Bundesrathe.] Nachdem der Reichstag in mehr als zwanzig ungemüthlichen Sitzungsstunden Herrn v. Stephan das Leben schon sauer genug gemacht hat, ist der empfind-

lichste Streich gegen den Chef der Postverwaltung am Schlusse geführt worden: der Reichstag hat die Einnahmen aus dem Post- und Telegraphenbetriebe mit $3^1/_2$ Millionen mehr, als in der Etasvorlage steht, in den Etat eingesetzt. Gegen diese Erhöhung hat sich nicht bloß Herr von Stephan, sondern auch der Direktor im Reichsschatzamt, Herr Aschenborn, sehr entschieden gewehrt, aber vergebens. Sachlich bedeutet der Beschluß des Reichstags, daß die Nothwendigkeit, für die Mehrkosten in Folge der neuen Militärlasten Deckung zu beschaffen, um eben jene $3^1/_2$ Millionen verringert erscheint, wohl verstanden, wenn es der Postverwaltung wirklich gelingt, dies Mehr herauszuwirthschaften. Wenn nicht, nun dann ist der Schade nicht gerade erheblich; dann erschenit die betreffende Summe in der Rechnungslegung für das laufende Etatsjahr als Mindereinnahme, und die Deckung wird im kommenden Etatsjahre erfolgen müssen, Herr von Stephan hat nun aber hoch und heilig betheuert, daß man ihm Unrecht thue, daß man seine Zahlungsfähigkeit überschätze. Er erklärt, allein durch den letzten Sturm eine Kostensumme von 600 000 Mark für die Wiederherstellung von Telephonleitungen erdulden zu müssen. Er will überhaupt nicht zugeben, daß der Verkehr so gestiegen sei, um eine weitere bedeutende Prospirität erhoffen zu lassen. Wer Recht, wer Unrecht hat, das wird man nach zwölf Monaten ja wissen. Merkwürdig genug ist, daß Herr v. Stephan sich einen triftigen Einwand gegen die Mehrheit hat entgehen lassen. Er hätte sagen können, daß doch eigentlich ein Widerspruch darin stecke, ihm die mangelhafte Besoldung der Unterbeamten vorzuwerfen und ihn jetzt durch die Forderung höherer Erträge erst recht zu nöthigen, an den Gehältern zu sparen. — — Der Bundesrath hat die Abstimmung über den russischen Handelsvertrag bis zum Montag verschoben. Die Ausstreuungen, als ob die Frage der Staffeltarife in unmittelbarstem Zusammenhange mit der Entscheidung einiger Bundesstaaten über den Handelsvertrag stände, werden durch diese Verschiebung leider genährt werden, ohne daß ein wirklicher Grund dazu vorläge. Es ist bedauerlich, daß in die so gut eingeleitet gewesene Aktion für den Handelsvertrag plötzlich eine Stockung kommt, in deren Ausnutzung die Kreuzzeitungsleute schon bedeutendes leisten und mehr noch leisten werden.

— Der Kaiser hat, wie noch nachträglich bekannt wird, bei dem Diner bei dem preußischen Ministerpräsidenten Herrn v. Levetzow durch besonders freundliche Begrüßung ausgezeichnet. Der Kaiser bedauerte es wiederholt, gerade bei der konservativen Partei in einer so wichtigen Frage, wie der des russischen Handelsvertrages, für Kaiser und Reich einen so zähen Widerstand zu finden.

— Zur Frage der Staffeltarife wird jetzt mehrseitig bestätigt, daß das Verbleiben des Eisenbahnministers Thielen im Amte unwahrscheinlich ist im Falle der Aufhebung der Staffeltarife. Nach einer offiziösen Mittheilung des „Hamb. Korr." hat sich die Mehrheit im Ministerrath „nicht für die blanke Aufhebung, sondern für eine Aenderung im System der Staffeltarife ausgesprochen in der Richtung, daß das einseitige System derselben verändert wird." — Dunkel ist der Rede Sinn! — Die Audienz des bayerischen Gesandten am Dienstag bei dem Kaiser bezog sich auf die Frage der Staffeltarife. Am Mittwoch künftiger Woche sollen Verhandlungen mit Württemberg, Baden und Hessen über die Aufhebung der Staffeltarife beginnen. — Nach Art. 48 der preußischen Verfassung bedürfen Verträge mit fremden Regierungen der Zustimmung des Landtages, „sofern es Handelsverträge sind oder wenn dadurch dem Staate Lasten oder einzelnen Staatsbürgern Verpflichtungen auferlegt werden." Darnach kann also, wie die „Freis. Ztg." hervorhebt, das Ministerium den süddeutschen Staaten gegenüber keinerlei Verbindlichkeit zu Lasten des Staates eingehen in Bezug auf die Gestaltung der preußischen Eisenbahntarife ohne Zustimmung des Landtages. Im Herrenhause aber ist eine entschiedene Mehrheit gegen Aufhebung der Staffeltarife, im Abgeordnetenhause ist wahrscheinlich eine solche Mehrheit vorhanden.— Die „Frkf. Ztg." erfährt aus München, daß Preußen Bayern gegenüber die Frage der Aufhebung gewisser bayerischer Staffeltarife als Kompensationsobjekt aufgeworfen hat.

— In der Sitzung der Budget-Kommission des Reichstages am Mittwoch hatte bekanntlich bei der Berathung des Militär-Etats der Abg. Bebel erwähnt, daß bei einer Vorstellung zur Feier des kaiserlichen Geburtstages ein „waschechter" Sozialdemokrat die Rolle Friedrichs des Großen gespielt habe. Wie der „Börs. Kour." hört, hat diesen Monarchen einer der Söhne des alten Liebknecht verkörpert, der, wie sein Bruder, bei einem Berliner Garde-Regiment sein Freiwilligenjahr abdient und für die Durchführung seiner Aufgabe von seinem Hauptmann „beglückwünscht" worden ist. Dieses vorübergehende Avancement dürfte aber wohl das einzige sein, das der junge Jurist — derselbe hat im vorigen Jahre seine Referendariats-Prüfung abgelegt — in seiner militärischen Karrière erlangen wird.

Aus dem Gerichtssaal.

* **Berlin**, 15. Febr. Das Landgericht verurtheilte heute den Schlosser Wiese und den früheren Redakteur des Anarchistenblattes „Socialist", Pawlowicz wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten und zwar ersteren, unter Zurechnung einer bereits erkannten neunmonatlichen Gefängnißstrafe, zu einem Jahre Gefängniß, letzteren zu drei Monaten. Gegen den Mitangeklagten, flüchtigen Drucker Werner wurde Verhaftung beschlossen.

Lokales.

Posen, 16. Februar.

H. K. **Der Handelskammer** ist aus dem Ministerium für Handel und Gewerbe eine Uebersetzung der Bestimmungen über die Einlagerung unverzollter Waaren in die öffentlichen Niederlags-Magazine Finnlands vom 20. Dezember v. J. zugegangen; das Schriftstück kann im Bureau der Handelskammer in den Nachmittagstunden von 4 bis 6 Uhr von den Interessenten eingesehen werden.

* **Ein Gardinenbrand** war gestern Nachmittag 5 Uhr im Hause Alten Markt 9 durch unvorsichtiges Umgehen mit Licht entstanden. Von dort anwesenden Personen wurde der Brand schnell gelöscht, und trat die inzwischen alarmirte Feuerwehr nicht weiter in Thätigkeit.

* **Die Haltestelle Bobelwitz** wird am 1. Mai d. J. für den Güterverkehr geschlossen und in einen Haltepunkt für den Personenverkehr umgewandelt. Von dem genannten Tage ab gelangen die direkten Frachtsätze für Bobelwitz in den in Betracht kommenden Güter-Tarifen zur Aufhebung.

Telegraphische Nachrichten.

Königsberg i. Pr., 15. Febr. Dem Eisbrecher gelang es heute, die Eisstopfung an der Pregelmündung zu durchbrechen. Der Eisbrecher kehrte sofort nach Pillau zurück, um morgen eine Dampferflottille herauf zu begleiten.

Wien, 15. Febr. Eine für den Nachmittag geplante große Demonstration Arbeitsloser auf dem Schmelzer Paradefelde wurde durch den eisigen Wind vereitelt. Etwa 500 Personen waren erschienen und beantworteten die Aufforderung der Wache zum Auseinandergehen mit Rufen: „Wir wollen Brot! Wir hungern!" Die Ansammlung wurde zerstreut; 300 Personen marschirten nach dem Rathhaus, ein Arbeitsloser wurde wegen demonstrativer Hochrufe verhaftet. Vor dem Rathhause wurden die Demonstranten durch die Wache zerstreut und an dem weiter beabsichtigten Marsche zur Statthalterei verhindert.

Brünn, 15. Febr. Die Session des Landtags wurde heute in der üblichen Weise geschlossen. Der Statthalter Graf Vetter hob in seiner Schlußrede hervor, daß in der letzten Session selbst bei den lebhaftesten Debatten die Ruhe und der Frieden nicht gestört worden seien. Dies sei ein in unserer Zeit hoch anzuschlagendes Moment von allgemein ethischem Werthe.

Paris, 15. Febr. Das Civilgericht entschied in dem von dem Liquidator des Nachlasses des Barons Reinach und den Liquidatoren der Panamagesellschaft gegen Cornelius Hertz angestrengten Prozesse dahin, daß die von Frau Hertz erworbenen Grundstücke in Wirklichkeit Eigenthum ihres Gatten sind und daher dessen Gläubigern als Pfand zu dienen haben.

Paris, 15. Febr. Aus Rio de Janeiro wird gemeldet, der interimistische Kriegsminister Galvao habe in Folge eines Zerwürfnisses mit dem Präsidenten Peixoto seine Entlassung genommen. Die Revolution macht Fortschritte im Staate Parana und bedroht San Paulo. Die Aufständischen marschiren auf Rio de Janeiro, eine Schlacht scheint unmittelbar bevorzustehen. Die Revolution ist auch im Staate Alagoas ausgebrochen; bei einem Zusammenstoß wurden zahlreiche Leute getödtet und verwundet.

Paris, 15. Febr. Die Deputirtenkammer setzte die Debatte über den Getreidezoll fort. Labat bekämpfte die Zollerhöhung und schilderte die Nachtheile, welche die schutzzöllnerischen Maßnahmen für den Handel Frankreichs im Gefolge hätten. Ackerbauminister Viger erklärte, er halte einen Getreidezoll von 8 Francs für zu hoch und befürwortete den Zollsatz von 7 Francs ohne bewegliche Zollskala. Die Stockung im Getreidehandel habe hauptsächlich in den reichen Ernten Amerikas und Rußlands ihren Grund.

London, 15. Febr. Wie die „Daily News" aus Kairo von gestern melden, ist Zohrab Pascha zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium an Stelle Maher Paschas ernannt worden. Die Gesinnungen Zohrabs England gegenüber scheinen freundliche zu sein.

London, 15. Febr. [Unterhaus.] Der Staatssekretär des Innern Asquith erklärte, er halte an der Ansicht fest, daß es gegenwärtig nicht rathsam sei, wegen der von John Williams in Tower Hill an die Arbeitslosen gehaltenen Ansprachen, obwohl dieselben zu Gewaltthaten aufreizten, eine gerichtliche Verfolgung eintreten zu lassen, da Williams weder Autorität noch Anhang besitze. Eine gerichtliche Verfolgung würde Williams nur eingebildete Wichtigkeit verleihen. Sollte jedoch eine gerichtliche Verfolgung vortheilhaft sein, so würde er — Asquith — sofort demgemäß eingreifen. Die Polizei sei auf dem Posten, um einen etwaigen, Personen oder Eigenthum bedrohenden Ausbruch zu verhindern. Im weiteren Verlaufe der Sitzung sprach sich der parlamentarische Untersekretär des indischen Amtes, George Russell, in Beantwortung einer Anfrage dahin aus, daß die am Dienstag von dem Kanzler des Schatzamts bezüglich des indischen Einfuhrzolles auf Silber abgegebene Erklärung sich ausschließlich auf die von der indischen Regierung hinsichtlich der Regelung des Geldumlaufs beabsichtigte Politik bezogen habe, zu deren Unterstützung ein solcher Zoll nicht in Aussicht genommen wäre. Was die allgemeine Finanzpolitik der indischen Regierung betreffe, so würde er, selbst wenn Beschlüsse bereits gefaßt wären, nichts sagen können, was der Budgetrede der indischen Regierung vorgreifen würde.

London, 14. Febr. Nach Meldungen aus Yokohama vom 1. d. Mt. sind die Wahlen zum Repräsentantenhause auf den 1. März festgesetzt worden.

Hamburg, 16. Febr. [Priv.-Telegr. d. „Pos. Ztg."] In ihrem heutigen Leitartikel geben die „Hamburger Nachrichten" zu, daß die Aufrechterhaltung des Differentialzolles lediglich auf russisches Getreide praktischen Werth kaum noch habe, nachdem die Zollherabsetzung durch Verträge und Meistbegünstigungsklausel allen anderen Staaten gegenüber eingetreten sei. Am Schluß des Artikels giebt das Blatt der Landwirthschaft den Rath, falls eine genaue Prüfung des Vertrages im Reichstage einen erheblich größeren Nutzen für die Industrie als Schaden für die Landwirthschaft ergeben sollte, nachzugeben, um einer weiteren Entfremdung zwischen Industrie und Landwirthschaft vorzubeugen.

Telephonische Nachrichten.

Eigener Fernsprechdienst der „Pos. Ztg."

Berlin, 16. Februar, Morgens.

Die Hamburgisch-Amerikanische Packetfahrt-Gesellschaft beauftragte den Rechtsanwalt Cassel in Berlin wegen Verbreitung falscher Nachrichten über das Schicksal der „Augusta Victoria" Strafanzeige wegen groben Unfugs zu stellen.

In Hamburg entgleiste am Donnerstag Nachmittag ein Güterzug auf dem Bahnübergang am Berliner Bahnhofe. 3 Wagen wurden umgestürzt, Menschen sind nicht verletzt worden.

Prag, 16. Febr. Die hiesige Studentenschaft reichte eine Petition an den Unterrichtsminister ein, worin demselben für die eingeleitete Untersuchung gedankt, die Aufrechterhaltung der Disziplin versprochen und um die Wiedereröffnung der Hochschule gebeten wird.

Lemberg, 16. Febr. Im Landtag erklärte der griechisch-katholische Metropolit Sembratowicz, der Charakter der Ruthenen liege der Opposition fern. Es lasse sich geschichtlich nachweisen, daß die Ruthenen sich nur im Bereiche der Loyalität wohl fühlten. Das Ruthenenvolk würde auf Befragen sicher erklären: Würde die Kirche der Dynastie treu bleiben, so würden sie als selbständige Nation in Friede und Eintracht mit den Polen leben. Die Ruthenen, denen die Interessen der Nationalität wahrhaft am Herzen liegen, würden unentwegt an diesem festhalten. (Beifall.)

Triest, 16. Febr. Hiesige Telephonbeamte versuchten über Wien, Böhmen und Sachsen mit Berlin zu sprechen. Die gesprochenen Worte sind theilweise verstanden, dagegen wurde der Gesang deutlich vernommen.

Rom, 16. Febr. Gestern Nachmittag fand die feierliche Uebergabe der Joachimskirche durch den Kardinalvikar statt. Die Kirche ist dem Papste als Jubiläumsgeschenk der Katholiken aller Länder dargebracht.

London, 16. Febr. Die Polizei entdeckte in einem Hause der Weidmill-Street anarchistische Schriften und verdächtige Büchsen, möglicherweise mit Sprengstoffen gefüllt. Die Detektives glauben eine Verschwörung entdeckt zu haben.

London, 16. Febr. Gestern Nachmittag hörte ein Parkwächter in Greenwich eine Explosion. Unweit des Observatoriums fand er einen entsetzlich verstümmelten Menschen, der noch lebte, jedoch eine halbe Stunde später starb, nachdem er verlangt hatte, daß man ihn nach Hause bringen solle. Neben ihm wurden die Bruchstücke einer Flasche gefunden, in der Tasche eine Karte mit dem Worte „Bourbon"; er scheint ein Ausländer zu sein. Man vermuthet, daß der Verunglückte die Flasche, die mit Explosivstoffen gefüllt war, und womit er möglicherweise ein Attentat auf das Observatorium beabsichtigte, unvorsichtiger Weise vorzeitig zerbrochen hatte.

Helsingfors, 16. Febr. Mittwoch Nacht hat sich das Eis zwischen dem südlichen Theil des finnländischen Meeres und dem Alandsmeer in Bewegung gesetzt. Ueber das Schicksal von etwa 100 Fischern, die sich mit ihren Netzen und Schiffsgeräthen dort befanden, ist nichts bekannt. Maßregeln zur Rettung sind getroffen.

Brüssel, 16. Febr. Wie die „Indépendance belge" meldet, werden morgen zwei Beamte der französischen Polizei hier erwartet, um bei Brüsseler Anarchisten, mit denen der Bombenwerfer Henry verkehrte, Nachforschungen anzustellen. Die französischen Eisenbahnzüge in Mons werden strengstens überwacht.

Handel und Verkehr.

** **Türkische Loose.** Nach dem „Sole" haben, obgleich die Initiative für die von der römischen Handelskammer einberufene Versammlung in Sachen der Türkenloosbesitzer von den italienischen Gläubigern der türkischen Regierung ausgeht, bereits auch viele auswärtige Besitzer von Türkenloosen, darunter Baron Hirsch, bedeutende Summen für die Versammlung angemeldet, indem sie ihre Titel an italienische Häuser übertrugen.

** **Bradford**, 15. Febr. Wolle fester, Colonial- und englische Wollen träge; Garne ruhig, Stoffe unverändert.

Marktberichte.

Bromberg, 15. Febr. (Amtlicher Bericht der Handelskammer.) Weizen 125—130 M., geringe Qualität 122—124 M. — Roggen 108—112 M., geringe Qualität 105—107 M. — Gerste nach Qualität 115—130 M. — Braugerste 131—140 M. — Erbsen, Futter- 135—145 M., Kocherbsen 155—165 M. — Hafer 135—142 M.

Breslau, 15. Febr. (Amtlicher Produktenbörsen-Bericht.) Roggen p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr., abgelaufene Kündigungsscheine —, p. Febr. 119,00 Gd., April-Mai 124,00 Br. Hafer p. 1000 Kilo — Gekündigt — Ztr., p. Febr. 153,00 Gd. Rüböl p. 100 Kilo — Gekündigt — Ztr., p. Febr. 47,00 Br. April-Mai 47,50 Br. Zink. Ohne Umsatz. Die Börsenkommission.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Februar 1894.

Datum Stunde.	Barometer auf 0 Gr. reduz. in mm; 66 m Seehöhe.	Wind.	Wetter.	Temp. i. Cels. Grad
15. Nachm. 2	750,8	NW mäßig	wolkig [1]	— 0,4
15. Abends 9	756,5	NNW mäßig	bedeckt [2]	— 1,2
16. Morgs. 7	760,7	N frisch	ziem heiter	— 4,9

[1]) Früh Schnee, Mittags Graupel und Schnee. [2]) Abends $6^1/_4$ Uhr Schnee.

Niederschlagshöhe in mm am 15. Febr. Abends 9 Uhr: 2,2
" " 16. " Morgens 7 " 1,6

Am 15. Febr. Wärme-Maximum + 2,3° Cels.
Am 15. " Wärme-Minimum — 1,2° "

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 15. Febr. Morgens 1,84 Meter
" " 15. " Mittags 1,86 "
" " 16. " Morgens 1,96 "

Fonds- und Produkten-Börsenberichte.

Fonds-Berichte.

* **Berlin**, 15. Febr. **[Zur Börse.]** Obschon die Abschlußziffern der Dresdener Bank durchweg eine mit unserer Besprechung im Morgenblatt übereinstimmende günstige Beurtheilung erfuhren, war die Tendenz zu Beginn und während des ersten Theiles des heutigen Börsenverkehrs eine recht schwache, ohne daß dafür irgend eine bestimmende Anregung von außen gegeben gewesen wäre. Die Börse hatte in der ersten Zeit nach Bekanntwerden der russischen Zollsätze des Guten wohl etwas zu viel gethan, und wir nahmen bereits in unserem letzten Wochenbericht Veranlassung, vor Uebertreibungen zu warnen. Es sind denn auch in den letzten Tagen ziemlich umfangreiche Realisationen vorgenommen worden, die heute noch fortgesetzt wurden. Namentlich waren es Kommandit-

Antheile, die starken Angriffen der Kontremine ausgesetzt waren. Um diesen Angriffen den nöthigen Nachdruck zu geben, wurden heute im Gegensatz zu gestern ungünstige Dividenden-Schätzungen verbreitet. Außerdem wurde das Gerücht verbreitet, Geheimrath v. Hansemann beabsichtige von der Leitung der Diskonto-Gesellschaft zurückzutreten. Es lohnt sich nicht, über beide Gerüchte erst lange Worte zu verlieren. Sie waren wohl mehr eine Wirkung, als die Ursache der heute zu Tage tretenden Verstimmung, die übrigens vornehmlich auf dem Kommanditmarkte zum Ausdruck kam. Dieses Papier wird vielfach von der Spekulation als Fallschirm benutzt und scheinen auch heute große Blankoverkäufe darin ausgeführt worden zu sein, lediglich um ein Gegengewicht gegen sonstige Hausse-Engagements zu schaffen. Der Montanaktienmarkt war bei etwas niedrigeren Kursen ruhig. Auch der Bahnenmarkt ließ die bisherige Lebhaftigkeit heute vermissen. Auf dem Rentenmarkt war die Stimmung keine einheitliche. Während Italiener schwächer lagen, bestand für einzelne andere Werthe gute Nachfrage. Serben waren wesentlich höher. (N. Z.)

Breslau, 15 Febr. (Schlußkurse.) Schwächer.

Neue 3proz. Reichsanleihe 86,70 3½ proz. L.-Pfandbr. 98 65, Konsol. Türken 23 30 Türk. Loose 95,25, 4proz. ung. Goldrente 95,90, Bresl. Diskontobank 99,25 Breslauer Wechslerbank 97,00, Kreditaktien 221 00, Schles. Bankverein 1 2 00 Donnersmarckhütte 102 25 Flöther Maschinenbau – —, Kattowitzer Aktien-Gesellschaft für Bergbau u. Hüttenbetrieb 135 40, Oberschles. Eisenbahn 71 60, Oberschles. Portland-Zement 95,00 Schles. Zement 147 50 Oppeln. Zement 113 00, Kramsta 130,75. Schles. Zinkaktien —,—, Laurahütte 120,25, Verein. Oelfabr. 87,50 Oesterreich. Banknoten 163 10, Russ. Banknoten 219,90 Giesel. Cement 94,00, 4proz. Ungarische Kronenanleihe 91,30, Breslauer elektrische Straßenbahn 123 30

Frankfurt a. M., 15. Febr. (Effekten-Sozietät.) [Schluß.] Oesterreich. Kreditaktien 193½, Franzosen 259¾, Lombarden 90⅜, Ungar. Goldrente —,—, Gotthardbahn 154,50, Diskonto-Kommandit 180,00, Dresdner Bank 135,80, Berliner Handelsgesellschaft 132,30. Bochumer Gußstahl 130,40, Dortmunder Union St.-Pr — —, Gelsenkirchen 147,30, Harpener Bergwerk 139,30, Hibernia 118,50, Laurahütte 120,40, 3proz. Portugiesen 20,80, Italienische Mittelmeerbahn 82,30, Schweizer Centralbahn 116,00, Schweizer Nordostbahn 106,20, Schweizer Union 76,50, Italienische Meridionaux 110,10, Schweizer Simplonbahn 56,00, Nordd. Lloyd —,—, Mexikaner 62,40, Italiener 78,00. Fest.

Hamburg, 15. Febr. (Privatverkehr an der Hamburger Abendbörse.) Kreditaktien 293,80, Lombarden —,—, Diskonto-Kommandit 180,00, Russische Noten 219,75, Nordd. Bank —,—, Italiener 78,10, Deutsche Bank —,—, Laurahütte —,—, Packetfahrt 102,90, Dresdner Bank —,—.

Rio de Janeiro, 14 Febr. Wechsel auf London 9⅝.

Buenos-Ayres, 14. Febr. Goldagio 254,00.

Bremen, 15. Febr (Börsen-Schlußbericht.) Raffinirtes Petroleum. (Offizielle Notirung der Bremer Petroleumbörse.) Ruhig. Loko 4 85 Br.

Baumwolle. Matt. Upland middl. loko 39¾ Pf.

Speck. Fest. Short clear middling loco 36½, Februar-Abladung 36.

Schmalz. Fester. Wilcox 40½ Pfg., Armour shield 40 Pf., Cudahy 41½ Pf., Rohe u Brother (pure) — Pf., Fairbanks 35 Pf.

Wolle. Umsatz: 157 Ballen.

Hamburg, 15 Febr. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rüben-Rohzucker I. Produkt Basis 88 pCt. Rendement neue Usance, frei an Bord Hamburg per Febr. 13,12½, per März 13,05, p. Mai 13,10, per Sept. 13,02½. Ruhig.

Hamburg, 15. Febr. Kaffee. (Schlußbericht.) Good average Santos per März 81¼, per Mai 79¾, per Septbr. 76½, per Dez. 72¼. Behauptet.

Paris, 15. Febr. (Schluß.) Rohzucker behauptet, 88 Proz. loko 35,50 a 35,75. — Weißer Zucker matt, Nr. 3 per 100 Kilogramm per Febr. 38,37½, per März 38 50, per März-Juni 38,50, Mai-August 38,62½.

Paris, 15. Febr. Getreidemarkt. (Schlußbericht.) Weizen ruhig, per Februar 20,50, März 20 70, per März-Juni 21,10, per Mai-August 21,30. — Roggen ruhig, per Februar 14,60, per Mai-August 14,70. — Mehl träge, per Februar 43,00, per März 43,50, per März-Juni 44,10, Mai-August 44,70. — Rüböl behauptet, per Febr. 58,25, per März 58,25, per März-Juni 57,50, per Mai-August 56,00. — Spiritus träge, per Febr. 35,75, per März 36,00, per März-April 36 25, p. Mai-August 37,25. — Wetter: Neblig.

Havre, 15. Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.) Kaffee in Newyork schloß unverändert.

Rio 28 000 Sack, Santos 4000 Sack Rezettes für gestern.

Havre, 15 Febr. (Telegr. der Hamb. Firma Peimann, Ziegler u. Co.), Kaffee, good average Santos, p. März 101,75, per Mai 99 50, p. Sept. 94,50. Ruhig.

Antwerpen, 15 Febr. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes Type weiß loko 12⅛ bez., 12¼ Br., per Febr. 12 Br., März-April 12¼ Br., per Sept.-Dez. 12⅝ Br. Fest.

Antwerpen, 15. Febr. Getreidemarkt. Weizen behauptet. Roggen ruhig. Hafer flau. Gerste ruhig.

Amsterdam, 15. Febr. Bancazinn 43½.

Amsterdam, 15. Febr. Java-Kaffee good ordinary 52¾.

Amsterdam, 15. Febr. Getreidemarkt. Weizen auf Termine per p. März 147, per Mai 149. Roggen per März 107, per Mai 110, per Juli 111, p. Oktober 117. Rüböl pr. Mai —. Herbst —.

London, 15. Febr. An der Küste 2 Weizenladungen angeboten. Wetter: Regen.

London, 15. Febr. Chili-Kupfer 41$\frac{3}{16}$, p. 3 Monat 41$\frac{11}{16}$.

Glasgow, 15. Febr. Roheisen. (Schluß.) Mixed numbers warrants 43 sh. 5½ d.

Liverpool, 15. Febr., Nachm. 4 Uhr 10 Min. Baumwolle. Umsatz 10 000 Ballen, davon für Spekulation u. Export 500 Ballen. Stetig.

Middl. amerikan. Lieferungen: Februar-März 4⅛ Käuferpreis, März-April 4$\frac{9}{64}$ Käuferpreis, April-Mai 4$\frac{11}{64}$ Verkäuferpreis, Mai-Juni 4$\frac{3}{16}$ Käuferpreis, Juni-Juli 4$\frac{7}{32}$ Käuferpreis, Juli-August 4¼ Verkäuferpreis, August-Sept. 4$\frac{17}{64}$ Käuferpreis, Sept.-Oktober 4$\frac{17}{64}$ d. Käuferpreis.

Liverpool, 15. Febr. (Offizielle Notirungen.) Amerikaner good ordinary 4, do. low middling 4⅛, Amerikaner middl. 4¼, do. good middling 4⅜, do. middling fair 4$\frac{11}{16}$, Pernam fair 4⅜, do. good fair 4$\frac{9}{16}$, Ceara fair 4$\frac{5}{16}$, do. good fair 4½, Egyptian brown fair 4$\frac{11}{16}$, do. do. good fair 4⅞, do. do. good 5¼, Peru rough fair —, do. do. good fair 5¾, do. do. good 5⅞, do. do. fine 6¼, do. moder. rough fair 4¾, do. do. good fair 5, good 5⅜, do. smooth fair 4$\frac{5}{16}$, do. do. good fair 4½. M. G. Broach good 4⅛, do. fine 4½, Dhollerah good 3⅝, do. fully good 3¾, fine 3$\frac{15}{16}$, Oomra good 3⅝, do. fully good 3¾, do. fine 3$\frac{15}{16}$, Scinde good fair —, do. good 3⅛, Bengal fully good 3$\frac{5}{16}$, do. fine 3$\frac{9}{16}$.

Newyork, 14 Febr. Waarenbericht. Baumwolle in New-York 7$\frac{15}{16}$, do. in New-Orleans 7¼. Petroleum träge, do in New-York 5,15, do. in Philadelphia 5,10, do rohes 6,00. do. Pipeline certifik., per März 80⅞. Schmalz Western steam 7,96, do. Rohe u. Brothers 8,25, Mais p. Febr. 42¾, do. p. März 43, do per Mai 43⅜. Rother Winterweizen 63⅝, do. Weizen per Febr. 62, do. Weizen per März 62¾, do. Weizen p. Mai 65, Dez. 71¼. — Getreidefracht nach Liverpool 2 — Kaffee fair Rio Nr. 7 17⅛, do. Rio Nr. 7 p. März 15,67, do. Rio Nr. 7 p. Mai 15,17. — Mehl Spring clears 2,15. — Zucker 2$\frac{15}{16}$. — Kupfer loko 9,75.

Chicago, 14. Febr. Weizen per Febr. 56⅝, per Mai 60⅝. — Mais per Febr. 34½. — Speck short clear nom., Pork per Febr. 11,97.

Telephonischer Börsenbericht.

Berlin, 16. Febr. Wetter: Kalt.

Hamburg, 15. Febr. Salpeter loko 8,72½, März April 8,65. Still.

Newyork, 15. Febr. Weizen per Febr. 60⅜ C., per März 61 C.

Berliner Produktenmarkt vom 15. Februar.

Wind: N., früh + 1 Gr. Reaum., 755 Mm. — Wetter: Wolkig, kühl.

Bei den minimalen Umsätzen, wie sie jetzt an unserem Getreidemarkt stattfinden, sind es zumeist ganz geringfügige Ursachen, die die Tendenz beeinflussen. So hatten gestern nachbörslich einige Käufe der Platzspekulation genügt, um die eingetretenen Verflauungen in das Gegentheil wieder umzukehren und für Weizen wie für Roggen das Anfangsniveau der Preise wieder herzustellen und dieses hat sich nun auch heute ungefähr behauptet, nachdem durch die besseren amerikanischen Notirungen jene Befestigung nachträglich eine gewisse Begründung erfahren hat Dabei ist der Verkehr in Roggen nach wie vor sehr still geblieben, während in Weizen aber doch ein sehr umfangreicher Abschluß zu Stande gekommen ist, dem anscheinend die gestrige Erwerbung von Waare zu Grunde lag.

Hafer ist 0,25–0,50 M. besser bezahlt worden, schloß aber abgeschwächt.

Roggenmehl blieb ohne Aenderung.

Rüböl war auf Breslauer Zusagen flau, und auch Spiritus ist, besonders auf spätere Termine, etwas billiger verkauft worden.

Weizen loco 135–147 Mark nach Qualität gefordert, gelb märkischer 143,50 M. ab Bahn bez., Februar 142–141,50 M. bez., Mai 144,50–144 M. bez., Juni 145,50–145 M. bez., Juli 146,50 bis 146 M. bez., September 148,75–148,50 M. bez.

Roggen loco 121–126 M. nach Qualität gefordert, guter inländischer 123–123,50 M. ab Bahn bez., Mai 128,25–128 bis 128,25 M. bez., Juni 128,75–128,50–128 75 M. bez., Juli 129,25 bis 129–129,25 M. bez., September 132 50 bis 132,75 M. bez.

Mais loko 110–120 M. nach Qualität gefordert, Febr. 110 M. nom., Mai 106 M. bez., Juni 106,25 M. nom., Juli 106,75 M. nom., Sept. 107 M. nom.

Gerste loco per 1000 Kilogramm 107–180 M. nach Qualität gef.

Hafer loko 135–176 M. per 1000 Kilo nach Qualität gef., mittel u. guter ost- und westpreußischer 139–161 M., do. pommerscher, uckermärkischer und mecklenburgischer 139–162 M., do. schlesischer 139–162 M., feiner schlesischer, pommerscher und mecklenburgischer 163–173 M. ab Bahn bez., Mai 136–136,50 bis 136 M. bez., Juni und Juli 136–136,25–136 M. bez.

Erbsen Kochwaare 160–195 M. per 1000 Kilogr., Futterwaare 141–153 M. per 1000 Kilo nach Qual. bez., Viktoria-Erbsen 215–230 M. bez.

Mehl. Weizenmehl Nr. 00: 19,50–17,50 M. bez., Nr. 0 und 1: 16,50–14,00 M. bez. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 16,00 bis 15,25 M. bez., Februar 16,00 M. bez., März 16,10 M. bez., Mai 16,50 M. bez, Juni 16,65 M. bez.

Rüböl loko ohne Faß 44,6 M. bez., April-Mai 45,3–45,1 M. bez., Mai 45,3 M. bez., Oktober 46–45,9 M. bez.

Petroleum loko 18,60 M. bez.

Spiritus unversteuert zu 50 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 51,8 M. bez., unverst. zu 70 M. Verbrauchsabgabe loko ohne Faß 32,1 M. bez., Februar 36,2 M. bez., April 36,8–36,6 bis 36,7 M. bez., Mai 37,1–36,9–37 M. bez., Juni 37,5–37,3 bis 37,4 M. bez., Juli 37,9–37,7–37,8 M. bez., August 38,2 bis 38–38,1 M. bez., Septbr. 38,5–38,3–38,4 M. bez.

Kartoffelmehl Februar 15 M. Gd.

Kartoffelstärke, trockene, Febr. 15 M. Gd.

Feste Umrechnung: 1 Livre Sterling = 20 M. 1 Rubel = 3,20 M. 1 Gulden österr. W. = 2 M. 7 Gulden südd. W. = 12 M. Gulden holl. W. = 1 M. 70 Pf. 1 Franc oder 1 Lira oder 1 Peseta = 80 Pf.

Bank-Diskonto		Wechselv. 15. Febr.	
Amsterdam..	5	8 T.	169,30 B.
London	3	8 T.	20,45 bz
Paris............	2½	8 T.	81,25 bz
Wien	5	8 T.	163,20 bz
Petersburg..	5½	3W.	217,60 bz
Warschau....	5	8 T.	218,40 bz
In Berl. 3. Lomb. 3½ u. 4. Privatd. 1⅝ bz			

Geld, Banknoten u. Coupons.	
Souvereigns..............	20,41 G.
20 Francs-Stück.......	16,23 bz
Gold-Dollars	418,00 G.
Engl. Not. 1 Pfd. Sterl.	20,45 bz
Franz. Not. 100 Frcs.	81,35 B.
Oestr. Noten 100 fl...	163,25 bz
Russ. Noten 100 R....	219,50 bz

Deutsche Fonds u. Staatspap.		
Dtsche. R.-Anl.	4	107,70 bzG.
do. do.	3½	101,50 bz
do. do.	3	86,60 bzG.
Prss. cons. Anl.	4	107,80 bz
do. do.	3½	101,50 G.
do. do.	3	86,60 bz
do. Scrips. int.		
Sts.-Anl. 1868	4	101,80 bz
Sts.-Schld-Sch	3½	100,10 G.
Berl. Stadt-Obl	3½	98,50 bzG.
do. do. neue	3½	98,70 bz
PosenerProv.-Anl.-Scheine ..	3½	96,50 G.
Pfandbriefe		
Berliner....	5	115,30 G.
do.	4½	108,40 bz
do.	4	105,30 bz
do.	3½	99,50 B.
Ctrl. Ldsch	4	
do. do.	3½	98,40 bzG.
Kur. u. Neumrk. neue	3½	99,20 bz
do.	4	
Ostpreuss	3½	96,90 bz
Pommer ..	3½	98,60 G.
do.	4	
Posensch.	4	103,10 B.
do.	3½	98,20 B.
Schls. altl.	3½	98,50 G.
do. do.	4	
ldschl Lt. A	3½	98,50 bz
do.	4	
do. neu do.	3½	98,50 bz
do. do. C.	4	
Wstp Rittr	3½	97,30 bz
do. neu I. II.	3½	97,20 bz
Renten		
Pommer...	4	103,80 bz
Posensch.	4	103,70 bz
Preuss.	4	103,80 bz
Schles.......	4	103,60 bzG.
Bad. Eisenb.-A.	4	105,40 G.
Bayer. Anleihe	4	107,10 G.
Brem. A. 1892	3½	97,60 G.
Hmb. Sts. Rent.	3½	99,00 bzG.
do. do. 1886	3	86,10 G.
do. amort. Anl.	3½	98,00 G.
Sächs. Sts. Anl.	3½	101,10 bzG.
do. Staats-Rnt.	3	86,90 bzG.
Prss. Prām-Anl	3½	120,60 G.
H. Pr.-Sch. 40T	—	384,00 G.
Bd. Prām.-Anl.	4	135,75 bzG.
Bayr. Pr.-Anl.	4	144,40 bz
Brnsch. 20T. L.	—	106,00 bz
Cöln-M. Pr.-A.	3½	132,30 G.
Dess. Prām.-A.	3½	
Ham. 50T.-L.	3	129,50 bz
Lüb. 50T.-L.	3½	126,70 bz
Mein. 7 Guld-L.	—	26,70 bz
Oldenb. Loose	3	127,10 B.

Ausländische Fonds.		
Argentin. Anl...	5	46,25 bzG.
do. 1888	4½	40,75 bz
Bukar. Stadt-A.	5	94,90 bz
Buen. Air. Obl.	5	31,90 bzG.
Chines. Anl.....	5½	103,80 bzG.
Dän. Sts.-A. 86.	3½	
Egypt. Anleihe	3	
do. 1890	3½	98,00 bzG.
do. do.	4	
do. Daira-S.	4	
Finnländ. L.....	—	58,25 B.
Griech. Gold-A	5	30,90 B.
do. cons. Gold	4	24,50 bzG.
do. Pir.-Lar.	5	28 25 bzG.
Italien. Rente..	5	77,40 bz
Kopenh. St.-A.	3½	94,00 G.
Lissab. St. A. I. II	4	52,25 bzG.
Mexikan. Anl...	6	63,80 bz
Mosk. Stadt-A.	5	68,80 bzG.
Norw. Hyp-Obl	3½	92,25 G.
do. Conv. A. 88.	3	
Oest. G.-Rent.	4	98 00 bzB.
do. Pap.-Rnt.	4⅕	93,80 G.
do. do.	4⅕	94,00 bz
do. Silb.-Rent.	4⅕	93,80 G.
do. 250 Fl. 54.	4	146,20 G.
do. Kr 100 (58)	—	320,75 bz
do. 1860er L.	5	144,75 bz
do. 1864er L.	—	330,00 B.
Poln. Pf.-Br. I-V	5	67,10 G.
do. do.	4½	
do. Liq.-Pf.-Br	4	67,30 bz
Port. A 88—89	—	28,25 bzG.
Raab-Gr. Pr.-A.	4	103,10 bz
Röm. Stadt-A.	4	81,75 bzG.
do. II. III. VI.	4	72,40 bzG.
Rum. Staats-A.	4	82,70 bz
do. Rente 90	4	83,50 G.
do. do. fund.	5	102,10 bzG.
do. do. amort.	5	95,10 bzG.
Rss. Eng. A. 1822 (1 Pfd. Stl. gl. 20 M.)	5	
do. 1859	3	
do. 1880	4	100,00 bz
do. 1887	4	
do. 1873		
do. 1875	4½	
do. 1889	4	
do. 1890	4	
Russ. Goldrent	6	
do. 1884 stpfl.	5	
I. Orient 1877	5	
II. Orient 1878	5	69,30 bz
III. Orient 1879	5	69,40 G.
Nikolai-Obl.	4	100,70 bz
Pol. Schatz-O..	4	93,20 bz
Pr.-Anl. 1864..	5	165,40 bz
do. 1866..	5	154,10 bz
Bodkr.-Pfdbr...	5	109,90 bz
do. neue..	4½	104,40 bzG.
Schwedische ..	3½	96,80 G.
Schw. d. 1890	3½	96,80 G.
do. 1883	4	
Schw. Hyp.-Pf.	4½	102,00 B.
Serb. Gld-Pfdb.	5	75,00 G.
do. Rente......	5	68,10 bzG.
do. neue 85	5	68,30 bz
Stockh. Pf. 85..	4½	102,80 bz
do. St.-Anl. 86	4	100,10 bz
Span. Schuld..	4	63,25 bzG.
Türk A. 1865 in Pfd. Sterl. ov.	1	
do. do. B.	1	
do. do. C.	1	24,55 bzG.
do. Consol. 90	4	86,10 G.
do. Zoll-Oblig	5	99,50 G.
Trk. 400 Frc.-L	—	95,90 bz
do. Eg Trib-Anl.	4¼	
Ung. Gld-Rent.	4	95,90 bz
do. Gld.-Inv.-A.	4½	101,90 B.
do. do. do.		
do. Papier-Rnt.		
do. Loose........	—	257,00 bzG.
do. Tem-Bg.-A.	5	100,25 bzG.
Wiener C.-Anl.	5	106,80 G.

Eisenbahn-Stamm-Aktien.		
Aachen-Mastr..	—	62 90 bz
Altenbg.-Zeitz	—	190,50 bz
Crefelder	1¼	72,00 B.
Crefld-Uerdng	—	85,75 G.
Dortm.-Ensch.	—	118,50 bz
Eutin. Lübeck..	—	44,60 bzG.
Frnkf.-Güterb.	—	65,50 bzG.
Ludwsh.-Bexb.	9¼	225 75 G.
Lübeck-Büch...	—	145,00 bz
Mainz-Ludwsh	—	115,40 bz
Marnb.-Mlawk.	—	85,40 G.
Meckl Fr. Franz		
Ndrschl.-Märk.	4	101 60 bz
Ostpr. Südb.....	—	88,25 bz
Saalbahn	—	26,00 bzG.
Stargrd-Posen	4½	101,90 bz
Weimar-Gera..	—	15,00 B.
Werrabahn......	—	54,25 bzG.
Albrechtsbahn	2	45,10 G.
Aussig-Teplitz	—	304,80 bz
Böhm. Nordb...	—	155,00 bz
do. Westb.	7½	
Brünn. Lokalb.	—	
Buschtherader	—	221,25 bzG.
Canada Pacifb.	5	70,80 bz
Dux-Bodenb....	—	109,50 bz
Galiz. Karl-L....	5	104,10 bzG.
Graz-Köflsch...	—	
Kaschau-Od	4	89,25 G.
Kronpr. Rud....	4¾	
Lemberg-Cz	7	126,60 G.
Oester Staatsb	—	129,80 bz
do. Lokalb.	—	101,30 G.
do. Nordw.	4½	108,00 bzG.
do. Lit. B. Elb.	—	122,30 G.
Raab-Oedenb.	—	30,75 bzG.
Reichenb.-P	—	92,00 G.
Südöstr. (Lb.)..	—	48,40 bz
Tamin-Land	0	1,40 bzB.
Ungar.-Galiz....	5	
Balt. Eisenb.	3	67,50 bzB.
Donetzbahn	5	115,00 G.
Ivang. Domb...	5	109,90 bz
Kursk-Kiew	12,65	
Mosco-Brest....	—	72,25 bz
Russ. Staatsb...	6,56	150,00 G.
do. Südwest..	5,45	77 00 G.
Wrsch.-Teres.	5	109,10 G.
Wrsch.-Wien..	—	235,30 bz
Weichselbahn	5	
Amst.-Rotterd	—	101,00 bz
Gotthardbahn	—	158,00 bz
Ital. Mittelm.....	5	81,60 bz
Ital. Merid.-Bah	7⅕	109,30 bz
Lüttich-Lmb. ..	—	34,10 bzG.
Lux. Pr. Henri	—	65,00 bzG.
Schweiz. Centr	—	119,90 bz
do. Nordost	—	109,80 bzG.
do. Unionb..	—	80,10 bzG.
do. Westb...		
Westsicilian ...	3⅗	51,40 bzB.

Eisenb.-Stamm-Priorität.		
Altdm. Colberg	4⅘	112,10 bz
Bresl.-Warsch	1$\frac{3}{20}$	61,10 G.
Czakat.-St.-Pr.	5	105,30 bz
Dux-BodnbAB	—	
Paul.-Neu-Rup	5½	112,25 bzG.
Prignitz	4½	108,00 bz
Szatmar-Nag.	—	
Dortm.-Gron...	4½	119,90 bzG.
Marienb Mlawk	—	115,25 bzG.
Mecklb. Südb..	—	55,75 bz
Ostpr. Südb.....	—	113,00 bzG.
Saalbahn	—	94,75 bzG.
Weimar-Gera	—	86,25 bz

Eisenb.-Prioritäts-Obligat.		
Bresl-Warschauer Bahn..	5	105,00 G.
Gr Berl. Pferde Eisenbahn......	4	102,50 G.
Oberschl.	3½	
do. (StargPos)	4	
Ostpr Südbahn	4½	104,10 G.
do. do.	4½	
Werrab. 1890	4	
Albrechtsb gar	5	
Busch Gold-O.	4½	102,10 B.
Dux-Bodenb. I.	5	
Dux-Prag G-Pr	4	100,90 B.
do. 1891	4	100,90 B.
Franz.-Josefb.	4	
Gal K Ludwgbg	4½	
do. do. 1890	4	92,90 G.
Kasch-Oderb. Gold-Pr. g.	4	98,80 bzG.
KronpRudolfb.	4	93,30 bzG.
do. Salzkammg	4	101,30 bzB.
LmbCzern. stfr	4	92,40 G.
do. do. stpfl.	4	
Oest. Stb. alt. g.	3	86,20 G.
do. Staats-I. II.	5	108,60 bzG.
do. Gold-Prio.	4	101,50 bzB.
do. Lokalbahn	4	100,25 G.
do. Nordwestb.	5	104,00 G.
do. NdwB. G-Pr	5	108,80 B.
do. Lt. B. Elbth.	5	
Raab-Oedenb. Gold-Pr.	3	69,75 G.
Reichenb.-Pr. (Silber)	4	
Raab Gld-Prior		
Südöst-B. (Lb.)	3	62,00 G.
do. Obligation.	5	103,00 bzG.
do. Gold-Prior.	4	97,90 G.
Baltische gar.....	5	101,40 bzG.
Brest-Grajewo....	5	101,40 bzG.
Gr. Russ. Eis. gar	3	83,60 bzG.
Ivang.-Dombr. g.	4½	103 60 G.
Kozlow-Wor. g.	4	95,90 bz
do. 1889	4	96,50 bzG.
do. Chark. As. (O)	4	96,50 bz
do. (Oblig.) 1889	4	96,75 bz
Kursk-Kiew conv	4	96,60 bzG.
Losowo-Sebast.	5	100,50 G.
Mosco-Jaroslaw	5	
do. Kursk gar.	4	91,00 G.
do. Rjäsan gar.	4	97,00 bz
do. Smolensk g.	5	102,00 bz
Orel-Griasy conv	4	95,90 bzG.
Poti-Tiflis gar.....	5	
Rjäsan-Kozlow g	4	95,90 bzG.
Rjaschk-Morcz. g	5	102,90 bz
Rybinsk-Bolog. ..	5	96,60 bz
Schuja-Ivan. gar.		
Südwestb. gar...	4	98,80 G.
Transkaukas. g...	3	83,75 G.
Warsch.-Ter. g.	5	103,90 bz
Warsch.-Wienn.	4	101,30 G.
Wladikawk. O. g.	4	
Zarskoe-Selo	5	93,75 B.
Anatol. Gold-Obl	5	88,80 bzG.
Gotthardbahnov.	4	103,10 G.
Sicilian. Gld.-P. (steuerfrei)	4	74,50 G.
do. do. v. 1891	4	
Ital. Eisenb.-Obl.	3	50,60 bz
Süd-Ital. Bahn....	3	52,75 bz
Serb. Hyp.-Obl...	5	74,00 bz
do. Lit. B.........	5	64,80 bzG.
Central-Pacific...	6	
Illinois-Eisenb. ..	4	
Manitoba.............	4½	97,00 B.
Northern Pacific	6	107,40 G.
San Louis-Franc.	6	86,00 G.
Southern Pacific	6	104,60 G.

Hypotheken-Certifikate.		
Danz. Hypoth.-Bank	4	
Dtsche. Grd.-Kr.-Pr. I	3½	113,00 G.
do. do. II.	3½	108,10 G.
do. do. III. abg.	3½	99,10 G.
do. do. IV. abg.	3½	99,10 G.
do. do. V. abg.	3½	95,00 G.
do. Hp. B. Pf. IV.-V. VI.	5	111,50 G.
do. do.	4	102,40 bzG.
do. do.	3½	95,50 bzG.
Hb. Hyp.-Pf. (rz 100)	4	101,00 bz
do. do. (unkünd. bar bis 1./1.1900)	4	102,75 bz
do. do (rz 100)	3½	94,10 bz
MeiningerHyp.-Pfdb.	4	101,20 G.
do. Pr.-Pfdbr.	4	127,80 G.
pomm. Hypoth.-Akt. B-Pfandbr. III. u. IV.	4	101,00 G.
P. B.-Cr. unkb (rz 110)	5	113,75 G.
Pf. Sr. III. V. VI (rz 100)	5	107,75 G.
do. do. (rz. 115)	4½	115,25 G.
do. do. X (rz. 110)	4½	112,00 G.
do. do. (rz. 100)	4	100,90 G.
Pr. Cent.-P (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	96,25 bzG.
do. do. künb. 1900	4	103,10 bzG.
Pr. Centr.-Pf Com-O	3½	96,00 bzG.
Pr. Hyp.-B. I. (rz. 120)	4½	115,00 bzG.
do. do. VI. (rz. 110)	5	110,25 bz
do. div. Ser. (rz. 100)	4	
do. do. (rz. 100)	3½	95,50 bzG.
Prs. Hyp.-Vers.-Cert.	4½	
do. do. do.	4	101,70 B.
do. do. do.	3½	96,25 bz
Schles. B. Cr. (rz. 100)	5	
do. do. (rz. 100)	4½	
Stettin. Nat. Hyp. Cr.		
do. do. (rz. 110)	4½	105,80 G.
do. do. (rz. 110)	4	102,50 G.
do. do. (rz. 100)	4	101,30 bzG.

Bankpapiere.		
B. f. Sprit-Prod. H	3	70,25 bz
Berl. Cassenver.	4½	130,25 bzG.
do. Handelsges.	6	136,10 bz
do. Maklerver. ..	8½	116,10 G.
do. Prod-Hdbk.	—	
Börsen-Hdlsver.	6½	
Bresl. Disc.-Bk...	5	99,80 bz
do. Wechslerbk.	4½	96,80 G.
Danz. Privatbank	7⅛	
Darmstädter Bk.	5¼	
do. do. Zettel	3,70	100,25 G.
Deutsche Bank..	8	165,50 bzB.
do. Genossensch	4⅚	111,80 bzG.
do. Hp. Bk. 60pCt	7	118,40 G.
Disc.-Command.	6	183,80 bz
Dresdener Bank	7	139,60 bz
Gothaer Grundcreditbank	3½	87,80 G.
Internat. Bank....		
Königsb. Ver.-Bk	5	99,75 bzG.
Leipziger Credit	8½	175,60 bz
Magdeb. Priv.-Bk	5	111,50 bzG.
Maklerbank	5	108,75 G.
Mecklenb. Hyp. u. Wechs.	8	135,00 bzG.
Meininger Hyp.-Bank 70pCt.....	6	110,20 bzG.
Mitteld. Crdt.-Bk.	4½	96,40 bz
Nationalbk. f. D.	5	110,00 bzB.
Nordd. Grd.-Crd.	1	96,40 bz
Oester. Credit-A.	9$\frac{1}{16}$	
Petersb. Disc.-Bk	6	
do. Intern. Bk.	10	
Pomm. Vorz.-Akt	6	115.75 bzG.
Posen. Prov.-Bk.	4½	
Pr. Bodencr.-Bk.	7	126,50 bzB.
do. Cnt-Bd 60pCt	9½	158,25 bzG.
do. Hyp.-Akt.-Bk.	—	123,00 G.
do. Hyp.-V. A. G. 25 pCt.	—	104,25 G.
do. Immob-Bank 80 pCt.	—	221,00 G.
do. Leihhaus	—	92,25 G.
Reichsbank..........	6,38	151,60 bzG.
Russische Bank..	8	94,60 bzG.
Schles. Bankver.	—	111,80 G.
Warsch. Comerz	—	
do. Disconto	—	

Industrie-Papiere.		
Allg. Elekt.-Ges.	8¼	146,00 bzG.
Anglo. Ct. Guano	11¾	
Bauges. Berl.-Charl.	7,18	778,00 G.
Bauges. City St.-Pr....		
Bauges. Dtsche. Bau	—	76,00 G.
Bauges. Hann.-St. P...	—	73,00 B.
Bauges. Humb...	6	
Moabit.............	—	134,75 G.
Passage	—	71,75 bzG.
U. d. Linden..	—	
Berl. Elekt.-W. ..	8½	149,60 bz
Berl. Lagerhof....	—	88,75 bzG.
do. do. St.-Pr.	—	117,75 B.
Ahrens Br., Mbt.	0	46,50 G.
Berl. Bock-Br.....	0	52,50 bzG.
Schultheiss-Br. ..	15	235,00 bz
Bresl. Oelw.........	4½	86,75 G.
do. Sprit-A.-G.	7	105,.0 G.
Deutsche Asph...	—	82,00 B.
Dynamit Trust. ..	10	132,80 bzG.
Erdmannsd. Sp...	—	89,75 bz
Fraust. Zucker...	7	121,00 bzG.
Glauz. Zucker	3⅔	112,50 G.
Gummi HarWien	25	287,00 bzG.
do. Schwanitz....	—	181,00 G.
do. Voigt Winde	—	133,50 bzG.
do. Volpl. Schldt.	—	94,50 G.
Hemmoor Cem...	—	108,75 bzB.
Köhlm. Strk.	14	216,00 G.
Körbisdf. Zucker	2½	104,00 bzG.
Löwe & Co.........	—	272,00 bzG.
Bresl. Linke........	—	156,00 bzG.
do. Hofmann..	—	
Germ. Vrz.-Akt...	4½	69,00 bz
Görlitz Körn.......	7	129,50 bzG.
Görl. Lüdr..........	9	144,70 bz
Grusonwerk		
H. Pauksch..........	3	80,25 bz
Schwarzkopff......	15	239,50 bzG.
Stettin-Vulk.-B. ..	—	107,25 bzG.
Sudenburg...........	—	163,50 bzB.
O.-Schl. Cham....	—	68,50 bzB.
do. Portl.-Cem...	—	94,50 bz
Oppeln. Cem.-F.	4½	113,00 bzB.
do. (Giesel)..	—	93,25 bzG.
Gr. Berl. Pferdeb.	—	246,00 bzG.
Hamb. Pferdeb....	4	97,75 B.
Potsd. ov. Pferdb.	—	98,00 bzG.
Posen. Sprit-F.....	5	
Rositzer Zucker	—	73,25 bzG.
Schles. Cement..	—	146,50 bzG.
Stett. Bred. Cem.	—	90,00 bz
do. Chamott...	—	200,00 bzG.
Bgw. u. H.-Ges...		
Aplerbecker	7	119,75 bz
Berzelius.	—	119,80 bzG.
Bismarkhütte......	8	159,50 bz
Boch. Gusst.-F...	3½	130,00 B.
Donnersmarck. ..	—	99,50 G.
Dortm. St.-Pr. A.	—	28,25 bzG.
Gelsenkirchen	9	150,90 bz
Hibernia..............	5½	122,00 bz
Hörd. St.-Pr.-A...	0	28,25 bzG.
Inowracl. Salz	1	44,60 bz
König u. Laura..	3	119,75 bz
Lauchham. cv.....	4½	105,50 bzG.
Louis. Tief. St.-P.	4	100,90 bz
Oberschl. Bed...	½	71,10 bzG.
do. Eisen-Ind.	4½	103,50 bzG.
Redenh. St.-Pr...	0	7,60 bz
Riebeck. Mont. ..	11	161,40 bz
Schles. Kohlw. ..	0	27,00 bzG.
do. Zinkhütte....	15	181,10 G.
do. do. St.-Pr.	15	180,75 bz
Stolb. Zink-H.	1	35,75 bz
do. St.-Pr.....	6	103,00 bzG.
Tarnowitz ov.	3½	49,25 bzG.
do. do. St.-Pr.	0	18,75 bz

Druck und Verlag der Hofbuchdruckerei von W. Decker u. Co. (A. Röstel) in Posen.